Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Abonnementspreis mit illustr. Beilage „Volk u. Zeit“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 45 Reichspfg. Einzelverkaufspr.: 10 Reichspfg.
Redaktion: Johannisstraße 46
Fernruf { 905 nur Redaktion
926 nur Geschäftsstelle

Anzeigenpreis für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Reichspfennige, auswärtige 30 Reichspfennige. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Reichspfennige. Reklamen 90 Reichspfg.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46
Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle
905 nur Redaktion

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 171 | Sonnabend, 25. Juli 1925 | 32. Jahrgang

Zoll-Wucher — Preis-Wucher.

Was tut Herr Luther?

Den Zollverschwörern wird viel Ehre erwiesen, wenn man ihren Antrag, aus den Zolleinnahmen 10 Millionen Mark für soziale Zwecke an freie und kirchliche Gesellschaften zu geben, als eine Regung ihres schlechten Gewissens hinstellt. Es handelt sich bei der sozial-schillernden Geste um nichts anderes als um einen kühl und raffiniert ausgeklügelten Schwindel, um die bereits so gemein düpierten und betrogenen Arbeiter, Angestellten und Beamten, die bisher den Parteien des Zollverbrechens gefolgt sind, noch einmal hereinzulegen. Für den einen Teil der Betrogenen, besonders für die katholischen Arbeiter, hat man das Zehn-Millionen-Almosen erfunden, und für den anderen Teil, besonders für die Nachläufer der Deutschnationalen, inszeniert man zu gleicher Zeit die Entrüstungskomödie gegen den Preiswucher. Wie auf Kommando und auffällig laut schreien seit einigen Tagen die Rechtsblätter über den Preiswucher des Zwischenhandels. Dabei wissen die kaltblütigen Lügner des Zollblocks ganz genau, daß **die Zollblockparteien bis zur Stunde noch keinen Finger gerührt haben, um dem Zwischenhandelwucher ernsthaft zu Leibe zu gehen.** Es geschah diesem Wucher nicht nur nichts, im Gegenteil: **man will noch schnell vor Toresschluß die letzten Reste der Wuchergesetzgebung beseitigen.** Vor mehr als einem halben Jahre hat zwar der ehemalige Reichsfinanzminister und jetzige Reichskanzler Luther so getan, als wolle er, der starke Mann, energisch für den Preisabbau und gegen den Preiswucher ins Geschirr gehen. Was hat nun die Lutherregierung in der Zwischenzeit zur Bekämpfung des Preiswuchers getan? Nichts, schlimmeres als nichts.

Kürzlich erst fand im Reichsernährungsministerium eine kommissarische Beratung über den Zwischenhandels-Wucher statt, der bereits zu dem Plakatkrieg zwischen den Agrariern und Fleischern geführt hat, über den man hell auflachen möchte, wenn das Ganze nicht so unendlich traurig wäre. Das Ergebnis der Beratung? Es wurde lang und breit davon gesprochen, daß der Großhandel wie der Detailhandel übersetzt sei, daß z. B. **Berlin heute beinahe doppelt soviel Fleischer habe als vor dem Krieg bei geringerem Umsatz.** Die Preisprüfungsstellen nützten nichts; denn sie hätten vielfach die hohen Gewinnspannen geradezu sanktioniert. So habe z. B. die Preisprüfungsstelle Hannover einen Gewinnzuschlag von 32 Proz. auf den Selbstkostenpreis als angemessen bezeichnet. Bei einer solchen Gewinnspanne für den Großhandel und den Kleinhandel sei ein erträglicher Preis völlig ausgeschlossen. Die Fleischer hätten eine Enquete verlangt nach dem Muster der Enquete von 1912. Aber bei solchen Enqueten komme, wie das Beispiel von 1912 beweise, nichts heraus. Die Kosten der Enquete ständen in keinem Verhältnis zum Resultat ihrer Arbeiten. Die Stadt Berlin trage sich nun mit dem Gedanken, besondere Fleischerläden einzurichten und eventl. auch durch Vieheinkauf und andere Maßnahmen die Schlächter zu begünstigen, die eine angemessene Preisspanne einhalten. Auch werde an eine Vermehrung der Konsumschlächtereien gedacht, obwohl sie sich bisher nicht gut gehalten hätten und zumeist Zuschußbetriebe gewesen seien.

Das ist die ganze Weisheit des Reichsernährungsministeriums. Ein Narr, der glaubt, daß jemals in den Beratungen der Luther-Regierung eine Kampfmaßnahme gegen den Preiswucher geboren wird. Die Zollwucherei will den Zwischenhandelswucher bekämpfen?! Wer lacht da? Der Teufel will Beelzebub austreiben. Das ganze Geschrei der Reichsparteien gegen den Preiswucher ist Schwindel wie der Almosenschwindel. „Wer ist Schuld an der Preistreiberei?“ rufen die Zollwucherer. „Der Zwischenhandel“, lautet die bestellte Antwort. „Und wer ist der Zwischenhandel?“ wird morgen Herr Wulle fragen. „Die Juden!“ lautet dann die bestellte Antwort.

Almosenschwindel und Judenhetze — damit haben sich die Raubritter des Mittelalters jedesmal der Vergeltung entziehen wollen, wenn sie die Taschen voll hatten. Warum soll der Zollblock, der mit mittelalterlichen Methoden und unter Verachtung der Warnungen der Wissenschaft an den ökonomischen Problemen Deutschlands herumpfuscht, nicht auch im übrigen die sauberen Praktiken der mittelalterlichen Raubritter sich zu eigen machen?

Volk wehre Dich!

Heraus zur Protestkundgebung gegen den Brotwucher

am Dienstag, dem 28. Juli, nachmittags 5.30 Uhr auf dem alten Bahndamm.

Noch ist es Zeit!
Denkt an die hungernden Kinder!

Geladen ist jeder, der Anteil nimmt an dem Schicksal des Volkes.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (A. D. G. B.)
Ortsausschuß Lübeck.
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund (A. D. B.)
Ortsausschuß Lübeck.

Allgemeiner freier Angestelltenbund (Afa)
Ortsausschuß Lübeck.
Sozialdemokratische Partei Lübeck.

Eine Schmach für die Arbeiterbewegung.

Kommunisten stören die Kundgebungen gegen den Brotwucher.

Die deutschen Agrarier und Schwerindustriellen, alle Brotwucherer, haben wirklich ein „Schweineglück“. Seit Wochen und Monaten schreien sich die kommunistischen Agitatoren die Kehle wund und ihre kommunistischen Redakteure schwitzen Blut und Wasser im „Kampf“ gegen den Zollwucher. In dem Augenblick aber, in dem es gilt, vor aller Oeffentlichkeit den Kampf aufzunehmen gegen die Junker und Schlotbarone, da entpuppen sich die Kommunisten wieder als ihre allergetreuesten Helfer. Ueberall im Lande veranstaltet die sozialdemokratische Partei gegenwärtig große Kundgebungen gegen die Zoll- und Steuerpolitik der Regierung Luther-Schiele. Ueberall folgen die Massen freudig dem sozialdemokratischen Ruf, weil sie entschlossen sind, unter der Führung der sozialdemokratischen Partei den Kampf gegen die Ausbeutung des arbeitenden Volkes durchzuführen. Die Kommunisten aber? Sie erscheinen bei allen sozialdemokratischen Kundgebungen als Harlekine und produzieren sich als die gehorsamen Steigbügelhalter der Parteien des Brotwuchers. Am Mittwoch abend haben sie z. B. in Köln und Stettin versucht, die sozialdemokratischen Kundgebungen gegen die Zollpolitik der Reichsregierung zu sprengen. In beiden Fällen ist es gelungen, ohne ernste Reibungen die Störenfriede lahmzulegen und die sozialdemokratischen Versammlungen eindrucksvoll zu beenden.

Die Amnestievorlage im Reichstag.

Oberreichsanwalt Ebermeyer als Hüter der Organisation O. C.
Die Entrechtung der verheirateten Beamtinnen.
Die bürgerlichen Frauen fallen um.

Lübeck, den 25. Juli.

Die gestrige Reichstagssitzung muß, wenn es noch irgendetwas wie eine öffentliches Rechtsbewußtsein in Deutschland gibt, Wogen der Erregung auslösen, die sich nicht glätten werden und nicht glätten dürfen, bis es anders geworden ist. Daß es zweierlei Recht bei uns gibt, daß weiß längst jeder, der sich nicht durch allzu enge Klassenbande mit den vom Recht begünstigten Verbrechern verbunden fühlt. Aber was Genosse Rosenfeld gestern an Hand dokumentarischer Unterlagen vorbrachte, das ist so erschütternd, daß man es doch trotz allem und allem nicht einmal zu fassen vermag. Allein **die Tragödie des Münchener Schreiberleins Gisel**, der als stellungsloses, unpolitisches Bürschlein in den Bureaubetrieb der Räteregierung geriet und für 15 Jahre ins Zuchthaus schmachtet, weil er neben anderen Diktaten auch ein auf die Geiselerschießung bezügliches abtippte, ist grauenhaft genug. Aber was Genosse Rosenfeld dann über **die Begünstigung** der Ehrhardtbanditen durch den Oberreichsanwalt Ebermeyer selbst vorbrachte, das muß eine Flamme der Empörung auslösen. Das Unrecht, das gegenwärtig Tag für Tag im Staatsgerichtshof gegen relativ harmlose kommunistische Mitläufer verübt wird, das geht wahrhaftig nicht nur die Kommunisten, das geht jeden an, in dem noch ein Funken für Menschlichkeit und Recht glüht.

Zuvor gab es noch eine, tief beschämende, Beamtendebatte. Es ging um das Recht der verheirateten Beamtinnen. Vor ein paar Tagen hatten unsere Genossen in Gemeinschaft mit den Frauen der bürgerlichen Parteien, die unsoziale Bestimmung, die diese Beamtinnen entrechtet, zu Fall gebracht. Gestern wurde sie wiederhergestellt, mit Hilfe **derselben bürgerlichen Frauen**, die ihre Geschlechtsgenossinnen unter dem Druck ihrer männlichen Kollegen verrieten.

Und dann kam die Aufhebung der Pensionskürzungsbestimmung. D. h. wenn ein pensionierter Beamter gleichzeitig als Fabrikdirektor 2000 M im Monat verdient, so bekommt er trotzdem in Zukunft seine volle Pension weiter. Gen. Steinkopf trat diesem Unfug energisch entgegen; das Geld, das hier an Leute herausgeworfen wird, die es wahrhaftig nicht nötig haben, sollte lieber den hungernden Beamten der unteren Gruppen zugute kommen. Aber man kennt das alte Lied. „Denn wer hat, dem wird gegeben.“

*

101. Sitzung.

Berlin, 24. Juli.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung der Novelle zur **Personalabbau-Verordnung.**

Ein Regierungsvertreter ersucht den Reichstag, den in der zweiten Lesung gefaßten Beschluß auf

Streichung des § 14 über die Sonderbehandlung der verheirateten Beamtinnen

wieder aufzuheben.

Abg. Frau Pfülf (Soz.):

Man will sagen, daß all die Schwerkriegsbeschädigten und die unversorgten Beamten durch die Ablehnung des Artikels 14 aufs härteste betroffen würden. Es sind also nicht mehr wie früher die gesundheitlichen Verhältnisse der verheirateten Beamtin, die die Leistung ungünstig beeinträchtigen. Ich habe mir nach den letzten Ausführungen des Regierungsvertreters noch einmal Statistiken angesehen und es ist nicht uninteressant zu sehen, wie solche Statistiken überhaupt aufgemacht werden. Von einer wissenschaftlichen Methode kann dabei nicht mehr die Rede sein. Man nimmt das Resultat einer statistischen Untersuchung voraus und richtet die Statistik dann so ein, daß dieses Resultat mit Sicherheit herauskommen muß.

Die Behörden haben **in die Krankheitsziffer auch die Abwesenheitstage der Frau bei Schwangerschaft und Niederkunft aufgenommen.** Wo nimmt da noch der Staat das moralische Recht her, die Privatindustrie aufzufordern, der verheirateten Arbeiterin in der Zeit der Schwangerschaft und Niederkunft Erleichterungen zu verschaffen, wenn er selbst diese Fälle als Krankheitsfälle behandelt und in eine Statistik einreiht, die er gegen die weiblichen Beamten auszunutzen versucht.

Wenn Sie nun sagen, der Artikel 128 Abs. 2 der Reichsverfassung sei seinerzeit aus bevölkerungspolitischen Gründen konzediert worden, es habe sich jetzt aber herausgestellt, daß die verheiratete Beamtin die Gebärwilligkeit gar nicht habe, so können Sie das ja ändern, wenn Sie der verheirateten Beamtin die Erleichterung der Reichsrichtlinien geben. Eine Streichung des Art. 128 Abs. 2 der Reichsverfassung bedeutet auch der Antrag der Regierungsparteien. Ich mache jetzt schon darauf aufmerksam, **daß wir diesen Antrag für einen verfassungsändernden halten, der nur mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden kann.** Der Staat sagt nun, er habe das volle Recht auf die hundertprozentige Leistungsfähigkeit eines Menschen. Dieses Recht hat der Staat ebensowenig wie die Privatindustrie. Nicht nur die Frau, sondern alle männlichen und weiblichen Beamten

müssen etwas für ihr persönliches Leben übrig behalten. Aber wenn ich mich schon einmal auf den Standpunkt der hundertprozentigen Leistungsfähigkeit stelle, so frage ich, wie kommen Sie dazu, daneben noch Nebendienstleistungen pflichtmäßig von den Beamten zu fordern: Das ist **der ungeheuerlichste Raubbau, den der Staat als Arbeitgeber vornimmt,** der doch beispielgebend auf die Arbeitgeberschaft wirken soll. Von Fürsorge für die Allgemeinheit, von volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Erwägungen ist hier keine Spur zu finden. Sie sagen, es sei Aufgabe des Staates, den Frauen ihre Pflichten gegenüber der Gesamtheit zu erleichtern, aber was wird denn getan, um den Hausfrauen die Verpflichtungen gegenüber der Gesamtheit zu erleichtern?

Warum schicken denn die bürgerlichen Parteien Frauen in den Zollausschuß, damit sie dort für die Erleichterung des Lebens kämpfen?

(Sehr gut! bei den Soz.)

Abg. Frau Arendsee (Komm.) wendet sich scharf gegen die Haltung der Regierung, die in diesem Falle die Frauen in schlimmster Weise entrechten wolle.

Abg. Koch-Weser (Dem.) bezeichnet es als eine Forderung der Gerechtigkeit und des Staatsrechts, daß endlich mit dem Ausnahmerecht gegen die weiblichen Beamten Schluß gemacht wird. — Damit schließt die allgemeine Aussprache.

In der Einzelberatung nimmt zu Artikel 2 der Personalabbau-Verordnung

Abg. Steinkopf (Soz.)

das Wort: Für die **Beibehaltung der Pensionskürzung,** die in diesem Artikel behandelt wird, hat sich der Kollege Groß vom Zentrum in der zweiten Lesung und ebenso die Vertreter der demokratischen Partei mit Wärme und Entschiedenheit ausgesprochen. Es handelt sich hier um folgendes: Neben dem vollen Wartegeld und dem vollen Ruhegehalt soll ein Einkommen gewährt werden, was rund 400 Mk. im Monat beträgt. Erst von dem, was darüber ist, soll die Hälfte gekürzt werden. Wer von den breiten Massen der pensionierten Beamten oder der Warteständler der unteren und mittleren Beamtengruppen kann sich rühmen, im freien Erwerbsleben ein derartiges Einkommen zu haben?

Hier kommen nur jene in Frage, die ohnehin schon recht viel haben.

Wenn der pensionierte Beamte neben einem hohen Wartegeld oder einer hohen Pension noch eine hochbezahlte Stelle ausfüllen kann, so ist er nicht Invalide. Durch diese Pensionskürzung könnten dem Reich jährlich 5½ **Millionen Mark erspart** werden. Der Reichsfinanzminister spricht so oft von der Not des Reiches, aber hier, wo er Gelegenheit hat, zu sparen, tut er das nicht.

Wenn es sich darum handelt, den minderbezahlten Gruppen eine ganz geringfügige Zulage zu geben, dann ist kein Geld da. Dagegen hat man keinen Anstand genommen, den oberen Gruppen durch Steuerermäßigung im Jahre 490 Mark zu geben, den kirchlichen Anstalten jährlich 10 Millionen auf 15 Jahre zu bewilligen, 18 Millionen jährlich für die Höherstufung der Kriegsoffiziere auszugeben.

Für alles das ist Geld vorhanden. Die bürgerlichen Parteien sagen, daß die Pensionskürzung aus Gerechtigkeit fallen müsse. Wenn es sich aber um Artikel 14 handelt, um verheiratete weibliche Beamte, dann wissen sie von Gerechtigkeit nichts. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Ein sozialdemokratischer Antrag, der in den höchsten Besoldungsgruppen die Pensionskürzungsbestimmungen wiederherstellen will, wird mit **211 gegen 140 Stimmen abgelehnt.** In namentlicher Abstimmung wird der Antrag der Regierungsparteien auf Wiederherstellung des Artikels 14 über die Sonderstellung der verheirateten Beamtinnen mit verschiedenen Milderungen mit 222 gegen 155 Stimmen angenommen.

Präsident Loebe: Ich bin um die Feststellung gebeten worden, daß der Beschluß nicht mit verfassungsmäßiger Mehrheit gefaßt ist. Ich glaube aber, für den einzelnen Artikel hat das keine Bedeutung, sondern erst für die Schlußabstimmung. — Es wird noch ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, nach dem Artikel 14 mit dem Inkrafttreten des neuen Reichsbeamtenrechts, spätestens jedoch am 31. März 1929 außer Kraft tritt.

Abg. Steinkopf (Soz.) gibt im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

Nach unserer Auffassung kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß diese neue Fassung des Artikels 14 der Personal-Abbau-Verordnung an sich eine Verletzung des Art. 128 der Weimarer Verfassung darstellt. Der neue Art. 14 der P.A.V. bedarf also, um Rechtskraft zu erlangen, der Zustimmung der im Art. 76 der Reichsverfassung für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Mehrheit des Reichstages. Da diese Mehrheit bei der Abstimmung nicht erreicht wurde, ist der neue Artikel 14 der P.A.O. nicht verfassungsmäßig zustandegekommen und mithin rechtsungültig, wie auch das ganze Gesetz.

Im Hinblick auf diesen ohne jeden zwingenden Grund erfolgten Angriff auf die Weimarer Verfassung, ferner im Hinblick darauf, daß die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt bei weitem nicht die endgültige Einstellung des Personal-Abbaues bringt, und weil die zugestandenen Verbesserungen trotz allem unzureichend sind, bedauert die Fraktion der Sozialdemokratischen Fraktion Deutschlands, die Vorlage in der Schlußabstimmung ablehnen zu müssen.

Sie ist dabei der festen Ueberzeugung, daß die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches, der Länder und Gemeinden usw. für die Haltung der Fraktion volles Verständnis haben und sie in dem weiteren Kampfe um die Beseitigung des ihnen angetanen Unrechts tatkräftig unterstützen werden. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. v. Guerard (Ztr.) bestreitet, daß das Gesetz verfassungsändernd sei, während Abg. Koch-Weser (Dem.) die verfassungsändernde Wirkung nachzuweisen sucht.

Präsident Löbe: Wir stellen hier nur das zahlenmäßige Ergebnis der Abstimmung fest. Die Entscheidung darüber, ob das Gesetz verfassungsändernd ist, steht anderen Instanzen zu.

In namentlicher Abstimmung wird die Vorlage mit 236 gegen 156 Stimmen angenommen. Die im Falle einer Verfassungsänderung erforderliche Zweidrittelmehrheit ist also nicht erreicht.

Es folgt hierauf

die erste **Beratung des Gesetzentwurfes über Straffreiheit des Amnestiegesetzes.**

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.):

Die lang angekündigte Amnestie ist endlich an das Haus gekommen und aus den Zuchthäusern und Gefängnissen richten sich die Augen der Gefangenen hierher voll Erwartung, welche Beschlüsse der Reichstag fassen wird. Aber ich fürchte, daß sehr bald eine Enttäuschung eintreten wird. Dieser Gesetzentwurf ist zu Ehren Hindenburgs von der Regierung vorgelegt worden. Ueber die politischen Gefangenen werden die politischen Parteien je nach ihrer politischen Einstellung verschieden denken, aber alle sozial Empfindenden sollten doch auf die Plattform vereinigt werden:

Amnestie für alle, die aus Hunger und Not, in der Verzweiflung über das Elend, in das sie geraten sind, gegen ein Strafgesetz verstoßen, sich an fremdem Eigentum vergriffen haben, um ihr notdürftiges Leben fristen zu können. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Regierung und Regierungsparteien fließen so oft über von Bedauern über die harten Zeiten, in denen das deutsche Volk lebt, aber das sind nur Worte. **Die Regierung versagt und der „Retter" Hindenburg rettet mit dieser Amnestie kein Opfer der traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse.** (Hört, hört! bei den Soz.) Die Amnestie geht an der wirtschaftlichen und politischen Not vorüber, Prozesse, die durch Ausschreitungen bei Lebensmittelunruhen, bei politischen Kundgebungen entstanden sind, sollen nach dem Wunsche der Reichsregierung weitergeführt werden. Gerade bei Zusammenstößen zwischen links- und rechtsgerichteten Organisationen ist es häufig zu Prozessen gekommen, in denen die Behandlung der linksgerichteten Elemente sehr zu wünschen übrig ließ. Ich erinnere an die Prozesse in Schweidnitz und Lüneburg, bei denen gegen Reichsbannerleute mit einer Härte vorgegangen ist, die sonst nur aus Kommunistenprozessen bekannt ist. Bei all diesen Prozessen hatte man

immer volles Verständnis für die Jungdo-, Viking- und Stahlhelm-Leute, aber eine harte Faust für die Arbeiterschaft.

Gerade der Stahlhelm, dem erst kürzlich in einem Zentrumsblatt, der „Schlesischen Volkszeitung" nachgewiesen ist, **daß er die Jugend zum Mord dressiert,** müßte eine andere als die wohlwollende Behandlung finden. In diesem Zusammenhang verweise ich auf den Wikingbündler, der wegen Tötung des Reichsbannermitgliedes Schulz angeklagt und glattweg freigesprochen wurde.

Weiter möchte ich die Frage aufwerfen,

wie viele Frauen wandern wohl ins Gefängnis, weil sie in ihrer Not gegen den Abtreibungsparagraphen verstoßen haben.

Daß diese Frauen sich hauptsächlich aus den ärmeren Kreisen rekrutieren, bedarf keiner näheren Begründung. Wie groß muß die Not dieser Frauen sein, die Leben und Gesundheit aufs Spiel setzen, um eine Unterbrechung der Schwangerschaft herbeizuführen.

Wir meinen, daß in allen Fällen, wo kein Gerichtsurteil vorliegt, das wegen eines gemeinen Verbrechens zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens nötigt, die Amnestie eingreifen muß. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Reichsamnestie soll sich nach den Vorschlägen der Regierung nur auf solche Urteile beziehen, die von einem durch das Reich eingesetzten Gericht gefällt worden sind, oder für Verfahren, die noch schweben beim Reichsgericht oder bei der Reichsanwaltschaft. Damit ist von vornherein die Amnestie eingeengt auf rein politische Delikte, und auch diese sind noch im allerengsten Rahmen gehalten. Was mir besonders auffällt, ist,

daß man nicht einmal daran denkt, die bayrischen politischen Gefangenen aus dem Jahre 1919 die Freiheit zu bringen. (Hört, hört! bei den Soz.)

Jene bayrischen politischen Gefangenen entbehren über sechs Jahre der Freiheit, und was die bayrische Regierung gemildert hat, das ist nicht geeignet, eine Amnestie überflüssig erscheinen zu lassen.

Daß die Zuchthausstrafen ganz ausgenommen werden, ist auch eine Unmöglichkeit, wenn man die Verhältnisse hinreichend würdigt. Ich will Ihnen einen bayrischen Fall und einen Fall vom Staatsgerichtshof vortragen. Der erste ist

der Fall des Karl Gsell,

eines jungen Mannes, der in der Revolutionszeit in München eintraf und dort eine Stelle als Schreiber beim damaligen Revolutionsgericht fand. **Er hat geschrieben, was man ihm diktierte,** und er hat auch eines Tages die Namen der Leute geschrieben, die später erschossen worden sind. Das ist alles, was er getan hat, und **dafür ist er zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, die er heute noch verbüßt.** Das eine wird mir ohne Aktenkenntnis zugeben, daß nach dem immer noch geltenden Dynamitgesetz aus dem Jahre 1884 schon der Besitz von Dynamit unter gewissen Umständen mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bedroht ist. Das ist ja das Gesetz, das den Staatsgerichtshof zwingt, so scharfe Urteile auszusprechen. Das Gesetz gilt, und deshalb muß die Amnestie auch die Zuchthausurteile umfassen, damit dieses Gesetz von 1884 nicht noch weiter wirkt. Ich möchte fragen: Wo ist in Deutschland ein einziger Rechtsradikaler verurteilt worden, weil er Dynamit angewandt hat? Ich glaube, dieser Fall ist nicht festzustellen. (Zuruf aus der Mitte:: Sie sind nicht gefaßt worden.) — Ich werde Ihnen nachher gleich sagen,

wie man es gemacht hat, damit man sie nicht faßt.

Ich will jetzt eingehen auf eine zweite Gruppe von Fällen, wo das Verfahren noch schwebt, das eingestellt werden soll ohne weiteres dann, wenn die Handlung vor dem 1. Oktober 1923 begangen ist, bei späteren Handlungen nur dann, wenn voraussichtlich auf keine höhere Strafe als Geldstrafe oder Haft oder auf ein Jahr Festung oder Gefängnis erkannt werden würde. Da entsteht die Frage: Ist es gerechtfertigt, **ausgerechnet am 1. Oktober 1923 den entscheidenden Einschnitt zu machen?** Ich verstehe vollkommen, daß man die Zeit von 1923 besonders behandelt zu sehen wünscht und daß man alles, was mit der Inflation zusammenhängt, mildernd zu beurteilen versucht hat. Aber dann können Sie doch nicht den 1. Oktober als das entscheidende Datum ansehen, wo die Inflation noch gar nicht auf der Höhe war, wo sich die Wirkung der Inflation noch gar nicht in besonders hohem Maße geltend gemacht hat. Das geht nicht. Oder sie sagen:

Lüttwitz wird nicht bestraft und die Sozialisten und Kommunisten werden bestraft.

Die Wirkung wäre, daß alle Kappisten frei sind und frei bleiben und daß die Prozesse gegen die Kommunisten fortgeführt werden. Dabei ist doch noch ein großer Unterschied zu konstatieren. Lüttwitz hat Hochverrat begangen, wie niemand bestreiten wird. Kommunisten haben ihn doch höchstens vorbereitet. (Zuruf rechts.)

Ich habe 10 Wochen den Staatsgerichtshof studiert und muß sagen, daß man an die Eingangstür dieses Saales den Satz schreiben könnte: Laß alle Hoffnung fahren!

(Lachen rechts.)

Heute bin ich zum erstenmal in der Lage, einen dokumentarischen Beweis dafür zu liefern, daß sich die ganze Schärfe der Justiz nach links und die ganze Milde nach rechts richtet. Zum erstenmal seit vielen Jahren, in denen ich diese Sache vor dem Parlament zu behandeln pflege, kann ich heute sozusagen einen Urkundenprozeß führen, nämlich durch den Hinweis auf die Anklageschrift der Oberreichsanwaltschaft gegen 26 Mitglieder der Organisation Consul. Wenn man diese Schrift liest, dann meint man eine Verteidigungsschrift und nicht eine Anklageschrift zu lesen. (Hört, hört! bei den Soz.) Ich habe als Verteidiger manche Anklage in der Hand gehabt, aber noch niemals fand ich die Wege der Verteidigung so gewiesen und geebnet wie in diesem Dokument. **Der Verfasser der Anklageschrift schämt sich offenbar, daß so viel herausgekommen war. Er verweist auf den ihm offensichtlich viel zu eifrigen Staatsanwalt in Offenburg,** der bei der Verfolgung der Mörder Erzbergers auf die Organisation C stieß und energisch zugriff. **Ganz deutlich klingt aus der Anklage ein Ton des Bedauerns heraus darüber,** daß dieser Staatsanwalt aus Baden in seiner Unkenntnis der patriotischen Motive der Organisation C so rücksichtslos vorging. (Hört, hört! bei den Soz.)

Direkt zur Klage über die Hilfsorgane wachsen sich die Ausführungen der Anklageschrift über die in Thüringen angestellten Ermittlungen aus. In Thüringen gab es damals einen energischen Innenminister, den sozialdemokratischen Minister Hermann, der nach der Ermordung Rathenau anordnete, daß den Mordorganisationen gründlich nachgestellt werden soll. Es entbehrt wirklich nicht des Reizes, daß der Reichsanwalt auf die Anzeige dieses thüringischen Ministers wegen Hochverrats gegen eine Anzahl von Studenten 1923 gar nichts getan hat und daß er ebensowenig etwas getan hat, als derselbe Minister Hermann den General Hasse anzeigte, weil er Feststellungen des Hochverrats zu verhindern versucht hat. (Hört, hört! bei den Soz.) **Diese Anordnungen immerhin eines Ministers, wenn auch nur eines sozialdemokratischen Ministers, fanden — so sagt die Anklageschrift — eine eifrige Vollstreckung. Das bedauert der Herr Reichsanwalt!** Interessant ist auch, daß die Reichsanwaltschaft über die Feststellungen in Regensburg sagt: „Diese Feststellungen führten in das Haus von Dr. Heim! (Hört, hört! links.) Der württembergische Vertrauensmann der Organisation C war der Oberleutnant Mahn. Auf ihn wurde die Polizei aufmerksam, als sie Schulz und Tillesen verfolgte. Und wo fand sie Herrn Mahn? Bei Herrn Dr. Heim! (Lebh. Rufe links: Hört, Hört!) Aber Dr. Heim war natürlich ganz unschuldig an der Geschichte. Mahn besuchte nur eine Tochter des Dr. Heim, mit der er verlobt war. (Heiterkeit links.) Die Anklageschrift sagt: **Im Hause des Dr. Heim hatte Mahn ein Zimmer inne.**" Ich weiß nicht, ob es in den Kreisen des Zentrums üblich ist, daß der Bräutigam der Tochter ein Zimmer im Hause des Vaters inne hat. (Sehr gut! und Heiterkeit links, — Zuruf aus dem Zentrum: Bayerische Volkspartei! — Erneute Heiterkeit.) Daß das nicht sehr glaubhaft klingt, werden Sie mir wohl zugeben. Aber was glaubt dieser Reichsanwalt nicht alles! Nichts hören wir von einer Untersuchung gegen Dr. Heim. Man untersucht in dem angeblichen Zimmer des Mahn, also des Schwiegersohns im Hause des Dr. Heim, und dann zieht man ab. Dr. Heim wird natürlich nicht weiter belästigt.

Die Satzungen der Organisation C.

machen allerdings dem Herrn Reichsanwalt doch noch einige Schwierigkeiten. Denn darin wird als Ziel bezeichnet: **Bekämpfung der antinationalen Weimarer Verfassung, der Zweck der Sammlung von „entschlossenen" nationalen Männern** ist nach den Satzungen, die vollständige Revolutionierung Deutschlands zu verhindern. 2. bei großen inneren Unruhen deren vollständige Niederwerfung zu erzwingen und durch Einsetzung einer nationalen Regierung die Wiederkehr der heutigen Verhältnisse unmöglich zu machen; 3. die durch den Versailler Vertrag angestrebte Entmannung und Entwaffnung unmöglich zu machen und ihm seine Wehrmacht und die Bewaffnung so weit wie möglich zu erhalten. **„Der § 11 sagt: „Verräter verfallen der Feme";** Satzungen, die ausreichen, um alle hier in Frage kommenden Paragraphen anzuwenden. **Trotzdem sagt der Herr Oberreichsanwalt: Das Ziel war eine Verfassungsänderung auf gesetzlichem Wege.** (Erregte Zurufe links) **Trotzdem sagt der Herr Reichsanwalt: Geheime Umtriebe fanden nicht statt!** Der Reichsanwalt untersucht, ob die Organisation Consul bewaffnet war und sagt, die Organisation Consul verfügte niemals über Waffen. Dabei ist auf Seite 28 und 94 mitgeteilt, daß der Gau L. Thüringen der Organisation C. am Ersten jedes Monats Bestandsmeldungen über vorhandene Waffen forderte. Diese Anklageschrift trägt die Unterschrift Ebermayer. (Andauernde stürmische Unterbrechung. Erregter Wortwechsel zwischen Sozialdemokraten und Abgeordneten auf der rechten Seite des Hauses.)

Wir hätten gewünscht, daß großzügig ohne Kleinlichkeit, ohne Tendenz allen unter den Folgen strafbarer Handlungen Leidenden Verständnis und Milde entgegengebracht wird.

Die kleinliche und tendenziöse Amnestie,

die uns vorliegt, wird man aber weder in Deutschland noch im Ausland verstehen, und wir werden im Ausschuß versuchen, eine wirklich durchgreifende, umfassende Amnestie zu machen. (Lebh. Beifall bei den Soz. — Lachen und Zurufe rechts.)

Abg. Frau Gohlke (Komm.) erklärt, daß heute nicht einmal mehr die Bürgerlichen von einer gerechten Justiz in Deutschland zu reden wagen. Das zeige der Höfle-Skandal in Moabit. **Das Amnestiegesetz sei nur für Ehrhardt-Leute bestimmt,** den Arbeitern werde damit nur eine leere Geste gemacht. Die monarchistischen Pläne der Regierungsparteien sollten wohl durch eine Amnestie Lüttwitz usw. gefördert werden. Das Amnestiegesetz sei geradezu

ein Spezialgesetz für Lüttwitz, Bauer und Ehrhardt.

Die Aussprache ist damit beendet.

Auf Vorschlag des Aeltestenrats vertagt sich um 5¼ Uhr das Haus auf Sonnabend 1 Uhr, um den Fraktionen Gelegenheit zur Beratung der Steuer- und Zollfragen zu geben. Auf der Tagesordnung der Sonnabendsitzung stehen kleinere Vorlagen und das Uniformschutzgesetz.

Der erste Tag der Olympiade.

SPD. Frankfurt, 24. Juli. (Eig. Drahtb.)

Der erste Tag der Olympiade war vom Wetter sehr begünstigt. Wohltuend wirkte die Ruhe bei den Darbietungen, die den tiefen sittlichen Ernst, der dem Arbeitersport innewohnt, offenbarte. Alkohol wurde verschwindend wenig genossen, das Rauchen war verpönt.

Bei den Entscheidungskämpfen des ersten Tages wurden folgende Ergebnisse erzielt:

Dreimal Tausend-Meter-Stafette für Sportler: 1. Finnland 8:4:0,4 Minuten; 2. Deutschland 8:20 Minuten; 3. Frankreich 8:54:0,8 Minuten.

Entscheidungskämpfe im Stabhochsprung: Berglund-Finnland 3,10 Meter, Leppler-Dresden 3,10 Meter, Trebuth-Dresden 3,10 Meter, Sukatinet-Lettland 3 Meter, Vitthof-Lettland 3 Meter, Kristoffersson-Finnland 3 Meter, Munkkonen-Finnland 3 Meter, Bücher-Deutschland 3 Meter.

Steinstoßen-Einzelkampf mit 16 Kilo: 1. Kotivalo-Finnland 8,83 Meter. 2. Lindenberg-Finnland 8,31 Meter. 3. Hummel-Schwetzingen 7,75 Meter.

Schleuderball (Sportlerinnen): 1. Lang-Nürnberg 34,8 Meter. 2. Subowva-Prag 33.14 Meter. 3. Manleova-Prag 33,12 Meter. Schleuderball (Sportler): 1. Bakel-Jena 55,95 Meter. 2. Hensge-Dorndorf 53,92 Meter. 3. Weber-Schweinfurt 53,34 Meter.

In den Vorrundenspielen der Fußballer beteiligten sich am ersten Tage 6 Landesverbände. Deutschland gegen Schweiz endete mit 6:0, Halbzeit 5:0, Ecken 6:3. Die Schweizer Mannschaft hat nicht gehalten, was von ihr erwartet wurde. Die deutsche Elf, die in der Hauptsache aus Leipzigern bestand, zeigte ein sehr gutes Spiel. Von einzelnen Ländern waren außerdem beteiligt Belgien, Finnland, Frankreich, Oesterreich, Ungarn und die Tschechoslowakei.

Im Einzelschwimmen fielen durch besonders gute Stilschwimmen auf: Gusti Buchbinder-Oesterreich und Lumivuikko-Finnland. Beide wurden Erste. Erste im Männerschwimmen wurden Schleiernick-Deutschland, Jaskulsky-Deutschland und Gellery-Frankreich. Im Hundertmeter-Seitenschwimmen zeigte Fauldo-Deutschland mit 1,18 Minuten eine gute Leistung. Schönes wurde im Kunstspringen geboten. Im 1500 Meterschwimmen siegte Krause-Deutschland und Gold-Oesterreich.

Zu den zahlreichen Olympia-Gästen hat sich auch eine Delegation aus Moskau gesellt, unter der sich Fritz Reußner, der Sekretär der Roten Sport-Internationale, befindet. Im Laufe des Tages sind aus Deutschland insgesamt 1500 Samariterinnen und Samariter in Frankfurt eingetroffen. Am ersten Tage der Olympiade wurden etwa 100 Unfälle behandelt, alle jedoch leichterer Art. Hitzschläge sind nicht zu verzeichnen, da ein starker Regen am Vormittag Abkühlung gebracht hatte.

Ludendorff vor Gericht.

Von Hermann Schützinger.

Der Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Ursachen des Zusammenbruchs hat trotz der Verschleierungsversuche des deutschnationalen Vorsitzenden und der reaktionären Ausschußmehrheit das eine Gute ergeben, daß nämlich der Hauptschuldige an der Waffenstreckung des deutschen Feldheeres, der General Ludendorff, sei es indirekt durch die verklausulierten Gutachten der rein militärischen Sachverständigen General von Kuhl und Oberst Schwerteger, sei es direkt durch die militärpolitischen Gutachter Professor Delbrück und Dr. Deermann derartig kompromitiert worden ist, daß er in einem denkenden und selbständig urteilenden Volk für alle Zeit erledigt sein müßte.

Das Bild des Feldherrn Ludendorff (vom Politiker ganz zu schweigen) ist im übrigen, wie es Delbrück und Deermann gezeichnet haben, schon längst Eigentum der modernen Kriegsgeschichte geworden und in der Militärliteratur der heutigen Kulturstaaten unumstritten. Das dreibändige Werk des Untersuchungsausschusses über den Zusammenbruch rundet es lediglich noch etwas ab und zwar in seiner entscheidenden Phase der großen Offensive von 1918 und der Katastrophe, die ihrem Mißerfolg entsprang.

Schon in der Anlage der großen Angriffsschlacht im Westen sucht die Militärkritik die Wurzeln der Niederlage. Es ist richtig: Die Grundidee der Offensive, am Schnittpunkt der englischen und französischen Front bei Barasis einzubrechen und im engbegrenzten Raum des Pas de Calais die Engländer nach Norden aufzurollen und ins Meer zu werfen, war die einzige die einen großen Erfolg versprach — nur müßte [illegible] Anlage und die Durchführung dieses gigantischen Angriffs der Idee auch Rechnung tragen und die Angriffsarmee müßte die materiellen und moralischen Kräfte in sich bergen für einen im Bereich der Wahrscheinlichkeit liegenden Erfolg.

„Der Geist der deutschen Truppen im Frühjahr 1918 berechtigte durchaus, die Offensive zu wagen", sagt das dreibändige Werk und erteilt damit dem Hasardeur völlige Absolution. Der „Geist der Truppe"! Wer denkt bei dieser Phrase nicht an die Kaiser-Appelle im offenen Viereck mit den parademäßig aufgetakelten Truppen, die fluchend die Ruhequartiere [illegible] voller Ingrimm über das unvermeidliche Spektakelstück! Es ist nicht wahr, daß im Frühjahr 1918 die deutschen [illegible] darauf gebrannt hätten, sich in einem großen Angriff auf den Feind zu stürzen! Dieser Unsinn wurde in den Kasinos der Oberkommandos von ehrgeizigen Generalstäblern dem General Ludendorff serviert! Wenn er sich Zeit genommen hätte, wenn im Graben einmal ein paar Infanterie-Kompagnieführer, die meist arme Teufel, Schullehrer und Reserve-Leutnants waren, zu fragen nach dem „Geist der Truppe", die hätten ihm gesagt: „Dieses Heer ist nicht das alte von 1914! Diese Bauern und Bürger und Arbeiter schreien förmlich nach dem Frieden und nach einem Ende in Ehren. Die gehen noch einmal vor — aus Verzweiflung, um des Friedens willen!" Die Infanteristen von 1918 hätten eine große sieg- und friedenbringende Offensive vielleicht noch ertragen, die strategische Stümperei Ludendorffs aber ertrug kein Heer der Welt!

Die Grundidee des Ludendorffschen Angriffsplanes ist — wie gesagt — unbestritten und die taktische wie die technische Vorbereitung der Schlacht war mustergültig — das genügt aber [illegible] lange nicht für einen Feldherrn, sein Gebiet ist die Operation! Ludendorff aber pfeift, wie er selbst eingesteht, auf jede Strategie! Er will an der englisch-französischen „Naht" irgendwo durchbrechen, ganz gleich wo, „das weitere wird man dann sehen!" Er hatte der südlichen Angriffsarmee Hutier die Masse der schweren Artillerie zugeteilt und dadurch der Angriffsschlacht eine Wendung nach Süden (wie Delbrück sagt) „ins Leere" gegeben, während die nördlichen Angriffsarmeen Below und von der Marwitz nicht vorwärts kamen, mangels einer ausreichenden artilleristischen Unterstützung. Der operativ entscheidende Nordflügel, der die englische Armee „aufrollen" sollte, hatte sein Ziel nicht erreicht, der Südflügel dagegen hatte aber strategisch nutzlose Erfolge errungen; denn es fehlte die gestaltende Hand während der Operation. Statt den weit vorpreschenden Südflügel hinter einem Sicherungsschleier nach Norden herumzuwerfen und den ganzen Angriff auf einen Punkt zu konzentrieren, läßt er ihn nutzlos nach drei Seiten zerflattern und treibt, ihn in den verhängnisvollen „Sack". Hier liegt der Schwerpunkt des ganzen militärischen Sachverständigenberichts!

Im übrigen hatte Ludendorff bei seinem Angriff durch die Zwistigkeiten zwischen den militärischen Führern der Entente dazu noch ein unverschämtes Glück! Wenn es Lloyd George gelungen wäre, die Widerstände des französischen und des englischen Kontingents zu brechen und die Leitung der gesamten Schlacht samt der Reserveverwendung — wie geplant — rechtzeitig dem General Foch zu übertragen, so wäre Ludendorffs „Büffelangriff" sporenstreichs zwischen die beiden bei Amiens und bei Paris zusammengezogenen Hauptreserven Fochs hineingerannt und wäre dort nach menschlichem Ermessen zerschmettert worden!

v. Mamin,
der völkische Gespensterseher.

Dem ersten großen Angriff folgte in derselben Aufmachung ein zweiter in Flandern und ein dritter am „Damenweg" — mit denselben Mitteln, nach derselben Angriffsmethode unternommen, mit demselben negativen Erfolg! Die moderne Militärwissenschaft hat sich schon längst zu dem Grundsatz durchgerungen, daß eine Zerschlagung der englisch-französischen Front nach der Wiederherstellung des einheitlichen Oberbefehls über die Armeen der Alliierten, als „Ueberraschungsoffensive" auf dem Boden des verkehrsreichen Nordfrankreich einfach unmöglich war. Das deutsche Weltheer konnte mit Teilkräften oder mit seiner gesamten Angriffsarmee anpacken, wo es wollte, der Gegner vermochte den Hieb überall mit Hilfe seiner Bahnen und seines Autoparks zu parieren.

So wandelt sich die Tragödie der gescheiterten Offensive, die an sich noch lange nicht zu einem „Schmachfrieden" hätte führen brauchen, infolge der Starrheit der deutschen Führer zur Katastrophe und zum Zusammenbruch. Der Feldherr Ludendorff hatte durch seine fortgesetzten, am halben Wege steckengebliebenen Offensiven die Reserven restlos aufgebraucht und das deutsche Weltheer durch die Ausbeutung der Fronten in eine strategisch unhaltbare Lage gebracht! Gegenüber diesen durch die moderne Weltkriegskritik schon längst erhärteten Tatsachen nehmen sich die Ausflüchte des im Namen Ludendorffs vernommenen General Wetzell und die „Mehrheitsbeschlüsse" des Ausschusses wie ein jämmerliches Gestammel aus.

Was soll das heißen: „Das Scheitern der Gesamtoffensive erklärt sich daraus, daß durch die unerhörten fortgesetzten Kämpfe die seelische und körperliche Leistungsfähigkeit der Truppe erschöpft wurde, weil bei abnehmender eigener Gefechtskraft die Stärke der Gegner an der Schlachtfront ständig wuchs."

Ja, zum Teufel nochmal — das ist ja die Kunst des Feldherrn, in der Stunde der Entscheidung die letzte Karte herauszuwerfen, die sticht — seine Reserven! Es ist eine unerhörte Frechheit, die Masse des deutschen Volkes für militärisch so ahnungslos zu halten, daß sie nicht zu erkennen vermöchte, wie eben hier, in diesem naiven Zugeständnis der Bankrott der deutschen Kriegsführung enthalten ist.

Die numerische Unterlegenheit, die moralische und seelische Zermürbung nach einer gescheiterten Offensive brauchte noch lange nicht zur Katastrophe zu führen. Hier sorgte nunmehr Ludendorff durch seine unvergleichliche „Strategie", daß die brüchige Front auch richtig ins Wanken kam. Anstatt die Armeen, die in die Angriffssäcke vorgepreßt waren, rechtzeitig zurückzunehmen, gab er keinen Schritt nach. Er ließ den unglücklichen Korps in dumpfer Apathie die Flanken einstoßen und wunderte sich dann, wenn in den abgeschnittenen Regimentern die Panik herausflammte aus Verzweiflung und aus tiefer seelischer Not. Und als die Angriffssäcke eingerannt waren, da gab uns Ludendorff den letzten Hieb von hinten mit seiner Waffenstillstandsforderung vom 29. September! Nichts charakterisiert Ludendorff und seine Clique in Spaa mehr als die Behandlung dieser Frage.

Der Feldherr Ludendorff glaubt heute noch, man könne nach 4½ Jahren eines mörderischen Krieges plötzlich mit dem Signal „Das Ganze Halt" abblasen und morgen wieder weitermachen mit dem nächsten Trompetensignal. Er verlangt im Ernst, daß der Mensch im Krieg, zwölf Stunden bevor oder nachdem er das Ende einer vierjährigen Hölle sieht, noch wie ein Automat vorgeht oder zurück, schießt und sticht, wie es der Druckknopf der Leitung gerade will. Hier liegt der psychologische Schlüssel zu Deutschlands militärischem Zusammenbruch!

Ein Volk mit soviel heroischer Kraft, mit soviel übermenschlicher Hingabe und Todesbereitschaft mußte trotz einer überwältigenden Kriegsmaschinerie militärisch zugrunde gehen, weil es von Narren und blindwütigen Hexenmeistern in den Abgrund gejagt wurde. Das ist das Geheimnis vom deutschen Zusammenbruch!

Der Frechste der Frechen.

Oder ist er nur ein kranker Narr?

München, 24. Juli.

Ludendorff ist nach wie vor von einem großen Wahn sondergleichen befallen. Das erkennt man wieder deutlich, wenn man seine heutige Veröffentlichung liest, in der er seine Ablehnung begründet, sich zu dem ihm eigens zu diesem Zweck zugesandten Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Ursache des Zusammenbruchs 1918 zu äußern. Aus dem Umstand, daß der Bericht nicht auch gleichzeitig dem Reichspräsidenten Hindenburg als dem damaligen Generalfeldmarschall zugestellt worden ist, zieht Ludendorff gleichzeitig die Schlußfolgerung, daß die ganze Untersuchung ausschließlich gegen ihn geführt würde und zwar, wie er in absoluter Verdrehtheit erklärt, „nicht etwa aus parlamentarischen Gründen, sondern um mein Ansehen im Volke in Gegenwart und Zukunft weiterhin zu schädigen, damit ich im Leben des Volkes wirklich ausgeschaltet werde. Man scheint mich in diesen Kreisen wohl immer noch zu fürchten. (!) Der Ausschuß hat sich schon im November 1926 vor der ganzen Welt blamiert. Das später veröffentlichte Ergebnis war ein parteipolitischer Erguß ohne jede historische Bedeutung. Die Wahrheit wird erst dann nicht mehr verschleiert werden können, wenn die Zusammenhänge historisch betrachtet und die Saboteure Deutschlands vor ein ordentliches Gericht gestellt werden und wenn wieder Wahrhaftigkeit in Deutschland herrscht."

*

Diese Aeußerungen tragen ja nun wirklich den Stempel krankhaften Größenwahns, der so manches erklärt. Daß Ludendorff im Denken des Volkes schon längst als ernsthafte politische Größe ausgeschaltet ist, das hat er anscheinend noch gar nicht gemerkt. Der Mann, der einen Weltkrieg und zwei Narrenputsche verloren hat und jetzt als hilflose Puppe den deutschen Reichstag verunziert, wird doch schon längst von niemand mehr ernst genommen. Aber in einem ist sein krankhafter Geist doch auf der rechten Spur. Man hätte die „Saboteure" des Krieges — von den Ausreißern spricht er bezeichnenderweise selbst nicht, da fühlt er sich wohl solidarisch — ruhig etwas fester anpacken sollen. Was er im Schilde führt, sagt er ja offen genug; Gott sei Dank sorgt seine eigene Narrheit dafür, daß er über haßerfüllte Drohungen niemals hinaus kommen wird.

Völkische Hetzfreiheit.

Der kommunistische Künstler liegt auf Jahre ins Loch — der völkische Dreckfindler bekommt 140 Mark Geldstrafe.

Weimar, 23. Juli. (Eig. Drahtber.)

Vor dem Schöffengericht in Weimar fand am Donnerstag die Verhandlung gegen den ehemaligen völkischen Reichstagsabgeordneten Fahrenhorst wegen Vergehen gegen das Gesetz zum Schutze der Republik statt. Er hatte mit noch vielen anderen völkischen Agitatoren im August vorigen Jahres am Deutschen Tag in Weimar in das Gästebuch des Fürstenkellers Verse geschrieben, in denen über die „Novemberverbrecher Ebert, Severing usw." hergezogen und sie als „für den Galgen reif" bezeichnet wurden. Durch den preußischen Innenminister Severing wurde der Strafantrag gestellt. Eine Prüfung des Gästebuches des Fürstenkellers ergab, daß 3 Verse gegen das Republikschutzgesetz verstießen. Der Staatsanwalt beantragte gegen Fahrenhorst eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 140 Mark und zur Tragung der Kosten des Verfahrens. — Was konnte man mehr erwarten?

Der Spieler

Roman von F. M. Dostojewski.

22. Fortsetzung.

„Ich bin seit gestern nicht mehr in Stellung beim General," antwortete ich. „Ich wohne im Hotel als ganz selbständiger Gast."

„Woher ist denn das gekommen?"

„Es ist hier neulich ein vornehmer deutscher Baron mit seiner Gemahlin, der Baronin, aus Berlin angekommen. Ich redete die beiden gestern auf der Promenade deutsch an, ohne mich an die Berliner Aussprache zu halten."

„Nun, und was weiter?"

„Er hielt das für eine Frechheit und beschwerte sich beim General, und der General entließ mich gestern aus meiner Stellung."

„Du hast ihn wohl geschimpft, den Baron, nicht wahr? Aber wenn du das auch getan hättest, so schadete es nichts!"

„O nein, das habe ich nicht getan. Im Gegenteil, der Baron hat den Stock gegen mich erhoben."

„Und du, schlapper Kerl, hast es geduldet, daß jemand deinen Hauslehrer so behandelt?" wandte sie sich brüsk an den General, „und hast ihn obendrein aus dem Dienst gejagt? Schlafmützen seid ihr hier, lauter Schlafmützen, das sehe ich schon."

„Regen Sie sich nicht auf, liebe Tante," erwiderte der General mit einer halb hochmütigen, halb familiären Tonfärbung; „ich weiß schon allein, in meinen Angelegenheiten das Richtige zu treffen. Außerdem hat Alexei Iwanowitsch Ihnen die Sache nicht ganz zutreffend dargestellt."

„Und du hast dir das gefallen lassen?" wandte sie sich zu mir.

„Ich wollte den Baron zum Duell fordern," erwiderte ich möglichst bescheiden und ruhig. „Aber der General widersetzte sich meinem Vorhaben."

„Warum hast du dich denn dem widersetzt?" wandte sich die Alte wieder zum General. „Du, mein Freundchen," redete sie, zum Oberkellner gewendet, weiter, „kannst jetzt weggehen und brauchst erst wiederzukommen, wenn du gerufen wirst. Es hat keinen Zweck, daß du hier stehst und den Mund aufsperrst. Ich kann diese Puppenfratze nicht ausstehen!" Der Oberkellner verbeugte sich und ging, natürlich ohne das Kompliment, das ihm die Alte gemacht hatte, verstanden zu haben.

„Aber ich bitte Sie, liebe Tante, sind denn Duelle zulässig?" erwiderte der General lächelnd.

„Warum sollen sie nicht zulässig sein? Alle Männer sind Kampfhähne; da mögen sie miteinander kämpfen. Aber ihr seid hier alle Schlafmützen, wie ich sehe, und versteht nicht für die Ehre eures Vaterlandes einzutreten. Na, nun hebt mich auf! Potapytsch, sorge dafür, daß immer zwei Dienstmänner bereit sind; engagiere sie und mache mit ihnen alles ab! Mehr als zwei sind nicht nötig. Zu tragen brauchen sie mich nur auf den Treppen; wo es eben ist, auf der Straße, müssen sie mich schieben; das setze ihnen auseinander! Und bezahle ihnen ihr Geld im voraus; dann sind solche Leute respektvoller. Du selbst bleibe immer um mich, und du, Alexei Iwanowitsch, zeige mir doch diesen Baron auf der Promenade; ich möchte mir diesen „Herrn Baron von" doch wenigstens einmal ansehen. Nun also, wo ist denn dieses Roulette?"

Ich berichtete ihr, das Roulette sei im Kurhause untergebracht, in den dortigen Sälen. Nun folgten weitere Fragen: ob viele Roulettespiele da seien, ob viele Leute spielten, ob den ganzen Tag über gespielt werde, wie das Spiel eingerichtet sei. Ich antwortete schließlich, das beste wäre, es mit eigenen Augen anzusehen; denn es bloß so zu beschreiben sei eine recht schwere Aufgabe.

„Na gut, dann schafft mich geradeswegs dorthin! Geh voran, Alexei Iwanowitsch!"

„Wie, liebe Tante! Wollen Sie sich denn wirklich nicht einmal erst von der Reise erholen?" fragte der General sorglich. Er war in eine gewisse Unruhe geraten, und auch die andern waren alle einigermaßen verlegen geworden und wechselten Blicke miteinander. Wahrscheinlich genierten sie sich ein bißchen oder schämten sich sogar, die alte Tante geradeswegs nach dem Kurhause zu begleiten, wo sie selbstverständlich irgendwelche Wunderlichkeiten begehen konnte, und zwar, was das Schlimmste wir, in aller Oeffentlichkeit. Indes erboten sich trotzdem alle, sie hin zu begleiten.

„Wozu brauche ich mich erst noch zu erholen? Ich bin nicht müde; ich habe ohnehin fünf Tage lang gesessen. Und dann wollen wir uns ansehen, was es hier für Brunnen und Heilquellen gibt, und wo sie sind. Und dann . . . dann wollen wir nach dem Ansichtspunkte, von dem du sagtest, Praskovja. Und was gibt es hier sonst noch zu sehen?"

„Da ist noch vielerlei, Großmütterchen," erwiderte Polina, die sich nicht gleich zu helfen wußte.

„Na, du weißt es wohl selbst nicht. Marfa, du kommst auch mit mir mit," sagte sie zu ihrer Zofe.

„Aber wozu soll man die mitkommen, liebe Tante?" wandte der General beunruhigt ein. „Es wird auch gar nicht gehen; werden."

„Ach, dummes Zeug! Bloß weil sie eine Dienerin ist, sollte ich mich nicht um sie kümmern? Sie ist ja doch auch ein lebendiger Mensch; nun haben wir schon eine Woche auf der Bahn gesessen, da wird sie auch Lust haben, etwas zu sehen. Und mit wem soll sie ausgehen als mit mir? Allein würde sie ja nicht wagen, auch nur die Nase auf die Straße zu stecken."

„Aber, Großmütterchen . . ."

„Schämst du dich etwa, mit mir zu gehen? Dann bleib doch zu Hause; es bittet dich ja niemand mitzukommen. Nun seh einer so einen vornehmen General! Aber ich bin ja auch selbst eine Frau Generalin. Und was hat das überhaupt für einen Zweck, wenn ihr alle hinter mir mitzieht? Das ist ja eine ordentliche Schleppe! Ich kann mir auch mit Alexei Iwanowitsch allein alles besehen . . ."

Aber de Grieux bestand energisch darauf, daß alle sie begleiten müßten, und erging sich in den liebenswürdigsten Redewendungen über das Vergnügen, mit ihr gehen zu dürfen usw. So setzten sich denn alle in Bewegung.

„Sie ist kindisch geworden", sagte de Grieux noch einmal, wie vorher zu mir, so jetzt leise zum General: „allein wird sie Dummheiten machen . . ." Was er weiter sagte, konnte ich nicht verstehen; aber offenbar hatte er irgendwelche Absichten, und vielleicht waren bei ihm auch schon wieder Hoffnungen rege geworden.

Bis zum Kurhause waren etwa neunhundert Schritt. Unser Weg ging durch die Kastanienallee zu einem viereckigen Platze mit Anlagen; um diesen mußte man herumgehen und trat dann unmittelbar ins Kurhaus. Der General hatte sich etwas beruhigt, weil unser Aufzug, wiewohl er ziemlich auffällig war, doch in Ordnung und Anstand vonstatten ging.

Und es war ja auch nichts Verwunderliches an dem Umstande, daß eine kranke, schwache Person, die nicht gehen konnte, sich in diesem Kurorte eingefunden hatte. Aber augenscheinlich fürchtete der General den Eindruck, den unser Erscheinen in den Spielsälen machen mußte. Was hat ein kranker Mensch, der nicht gehen kann, und noch dazu eine alte Dame, beim Roulette zu suchen? Polina und Mademoiselle Blanche gingen jede an einer Seite des Rollstuhls. Mademoiselle Blanche lachte, zeigte eine bescheidene Heiterkeit und scherzte sogar mitunter in liebenswürdigster Weise mit der Tante, so daß diese sie schließlich lobte.

Polina, die auf der andern Seite ging, mußte auf die zahllosen Fragen antworten, die die Tante alle Augenblicke an sie richtete, Fragen von dieser Art: „Wer war das, der da eben vorbeiging? Was fuhr da für eine Dame? Ist die Stadt groß? Ist der Park groß? Was sind das für Bäume? Was sind das für Berge? Fliegen da Adler? Was ist das für ein komisches Dach?"

Mister Astley ging neben mir und flüsterte mir zu, er erwarte von diesem Vormittage vieles. Potapytsch und Marfa gingen unmittelbar hinter dem Rollstuhl, Potapytsch in seinem Frack und mit seiner weißen Kravatte, aber jetzt mit einer Schirmmütze, Marfa, ein etwa vierzigjähriges Mädchen mit frischem Teint, aber bereits ergrauendem Haar, in einem Kattunkleide, mit einem Häubchen und mit derbledernen, knarrenden Schuhen.

(Fortsetzung folgt.)

KORNBRENNEREI BUNTEKUH

TAFEL-KORN 42% TAFEL-AQUAVIT 42% TAFEL-KÜMMEL 42%

Telefon: 321 und 843 — Friedensqualität: Hergestellt aus bestem Korn und Darrmalz — Lieferung frei Haus

---

Lübeckische Kreditanstalt

Kanzleigebäude :: Eingang von Marienkirchhof
Fernspr. 8774 empfiehlt sich zur Fernspr. 8774

Anlegung v. **Spargeldern**
Führung von **Girokonten** (1053

Für die Gelder haftet außer erstklassigen Goldhypotheken d. Lübeckische Staat

---

Ärztl. Sonntagsdienst. (1067
Frl. Dr. Franck, Geibelpl. 2.
Dr. Lüth, Sandstr. 16.
Dr. Groenewold, Lindenplatz 2.

Dr. Schneider

Facharzt für Haut und Geschlechtskrankheiten
Breite Straße 83 (1061
von der Reise zurück.

Fahrräder 1000

nur feinste Fabrikate. Große Auswahl, auch Teilzahl. m. 30 ℳ Anz. Reparaturen. **Laufer,** Wakenitzm. 5 (b. Burgtor)

Jugend- und Volksbücher

aus d. Feder angesehener Schriftsteller

Preis pro Heft **20** und **40** Pf., geb. **75** Pf.

Buchhandlung „Lübecker Volksbote"
Johannisstr. 45

Togal gegen **Schmerzen**

der Nerven, Rheuma, Gicht, Ischias, Kopfschmerzen, Grippe und Erkältungskrankheiten.

Togal-Tabletten stillen die Schmerzen und scheiden die Harnsäure aus. **Hervorragend bewährt!** Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken erhältlich. 12,6% Lith., 0,45% Chinin, 74,3% Acid. acet. salic., ad 100 Amyl.

Storms gesammelte Werke

6 Leinenbände
nur ℳ 12.—

Scotts gesammelte Werke

6 Leinenbände
nur ℳ 15.—

Buchhandlung
„Lübecker Volksbote"
Johannisstraße 46

Der Senkinggasherd die Qualitätsmarke

alleinige **das Verkaufslokal**

Adolf Borgfeldt

Mühlenstraße (1054

Biochemie als Heilfaktor

Von **Dr. Ludwig Sternheim**
Arzt in Hannover
Preis **50** Pf.

Buchhandlung „Lübecker Volksbote"
Johannisstraße 46

Waschbalgen,

runde u. ovale Beinbalgen, Oertbalgen, Spülkübel, Blumenkübel, Pferde- u. Klosett-Eimer in allen Größen, eig. Anfertigung, empfiehlt

F. Heelsen, Böttchermeister.
Fischergrube 40. (1056) Fernspr. 1455.

Erstklassige **Markenfahrräder** sowie neuaufgearbeitete **Damen- und Herrenfahrräder** preiswert zu verkaufen. 1048

Lud. Danielson Paulstr. 18.
Fahrradhandlung und Reparatur-Werkstätten

Woll-, Watte-, Daunen-
Steppdecken

Anfertigung 1042
Aufarbeit., Neubezieh
Fr. Spethmann
Breite Straße 31 Etage

Bau-Materialien

zu soliden Preisen
Ia. Stückenkalk
stets frisch auf Lager
Heinr. Krippgans
Hansastraße 35a (1055
— **Telephon 2915** —

Zu Feierlichkeiten

werden Gehr.-, Cutaw.-, Smoking- und Frack-Anz. verm. Petri-Kirchhof 7. (1077)

Tapeten preiswert! Engelsgrube 49.

Chor-verein Lübeck.

Montag, 27. Juli im Gewerkschaftshaus
Männerchor 7 Uhr
Frauenchor 8½ Uhr

Wegen einer neuen Sache ist es unbedingt Pflicht, das alles erscheint (1089

Fahrräder

erstkl. Marken
Kl. Anzahlung
5 Mk. wöchentl.
Fahrradhandlung
„Hansa" 1072
Ernst Schmidt
Wahmstr. 33
Reparat. werden billigst ausgeführt

Zigaretten Zigarren

C. Wittfoot
Ob. Hüxstr. 18.

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Mitgliederversammlung

heute Sonnabend, den 25. Juli, abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus

Tagesordnung:

Lohnbewegung

Erscheinen Pflicht!

6 Uhr: (1069

Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute im Gewerkschaftshaus

Der Vorstand

Flettner-Rotorschiff „BUCKAU"

fährt Sonntag, den 26. Juli 1925
in See über Travemünde

In Lübeck Abfahrt Untertrave, Schuppen 8, 8 Uhr morgens
Abfahrt in **Travemünde,** Kaiserbrücke, 10 Uhr 15 vormittag
Zurück nur bis **Travemünde,** Ankunft gegen 12 Uhr mittags. (1088

Fahrpreise: **Lübeck-Travemünde nur M. 1.-**
Lübeck in See ℳ 4.— } Kinder unter 14
Travemünde in See ℳ 3.— } Jahren ℳ 2.—

Weißer Engel

Morgen Sonntag: Tanzkränzchen.
Eintritt und Tanz frei. 1047

Luisenlust

Morgen Sonntag in den vorderen Räumen
Konzert
Im Saal 1045
Tanzfestlichkeit

Gesellschaftshaus „Adlershorst"
Morgen Sonntag Tanzkränzchen
Anfang 5 Uhr.
Eintritt und Tanz frei. (1048

Einsegel

Jeden Sonntag Gr. Ball 1071

Kolosseum

Sonntag: Gr. Ball

Ballorchester Wagner-Kapelle
Anfang 6 Uhr (1038

Auf dem Burgfelde

in Lübeck

am Sonntag, dem 26. Juli

Großes Doppel-Brillantfeuerwerk

wie es Lübeck noch nicht gesehen hat

Es wird jedem durch dieses Wunderwerk eine große Überraschung geboten

Durch polizeiliches Verbot wurde die Ausführung des Feuerwerkes am Freitag verhindert; jedoch ist dasselbe mit Einwilligung der hiesigen Feuerwehr am Sonntag gestattet worden (1075

Kranken- u. Sterbe-Kasse gewerblich. Arbeiter.
Lübeck

General-Versammlung

Montag, 27. Juli 25,
abends 8 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus"

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 1. u. 2. Quartal 1925.
2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

1090) **Der Vorstand.**

Freier Wassersport-Verein Lübeck e. V.

General-Versammlung

am Montag, 27. Juli
abends 8 Uhr
im Arbeiter-Sportheim,
Hundestraße

Tagesordnung:
Abrechnung vom II. Quartal, Neuwahl, Berichte, Verschiedenes

Der Vorstand

Heute abend **8** Uhr
Festausschuß-Sitzung
Badeanst. Falkendamm
1083) **Der Festleiter**

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Frisch auf" Moisling.

19jähriges Stiftungsfest

verbunden mit **Preisschießen,** Auftreten der **Lübecker Kunstsaalfahrergruppe** und die **Saalfahrergruppe Moisling** am **Sonntag, d. 2. August** im **Kaffeehaus.** Anfang des Preisschießens 2 Uhr, Ballanfang 5 Uhr.

NB. Die umliegenden Ortsgruppen sind hiermit freundlichst eingeladen. 1094

---

1. Fischerbuden

Morgen Sonntag:
im Garten von 4 Uhr an
KONZERT
im Saal von 4 Uhr an
Gr. Tanzfestlichkeit
unter Mitwirkung des Herrn Direktor **Ernst Albert** (1095

Zentral-Hallen **Morgen Sonntag Großer Ball**
Eintritt frei. 1087

Stadthallen-Garten

Inh.: C. HANSCHEN

Täglich von 4—11 Uhr:
Garten-Konzerte
Sonntag von 11—1 Uhr:
Früh-Konzerte
Dienstags und Freitags: 997
Ball-Abende
Verdeckte Veranden Diners im Garten

Lindenhof

Israelsdorf

Morgen Sonntag von nachm. 4 Uhr an:

Große
Tanzfestlichkeit

bei verstärktem Orchester.
Hierzu ladet freundlichst ein (1046

V. Klempau.

Moislinger Baum

(Direkte Endstation der Linie 9. — Die Wagen verkehren alle 10 Minuten ab Markt)

Morgen Sonntag, Anfang 4 Uhr:
Gr. Garten-Konzert

Im Saal: **Vornehmes Tanzkränzchen**

verbunden mit **heiteren Künstler-Vorträgen** unter Mitwirkung von
Frl. Mimmi Castiono, Spitzentänzerin,
Herrn Fredy Semmel-Sembach, Humorist, (1093
sowie Gastspiel des hier beliebten Tanzhumoristen
Max Giesenberg
Mod. Tänze Volkstümliche Tänze Rundtänze

Die Musik wird ausgeführt vom **Sulanke-Orchester** unter persönlicher Leitung des Herrn Kapellmeisters **Robert Sulanke**

Ia. reiner Bohnenkaffee, sowie Ia. Gebäck. Küche und Keller liefern das Beste.

Im Garten stehen für die Kinder drei reizende Esel zum Reiten zur Verfügung.

Familien-freier Eintritt! Rudolph Jäde.

Am **Sonnabend,** dem 1. August:
Großes Sommerfest
des Gewerkschaftsbundes der Angestellten.

Lübecker Volksbote

1. Beilage — Sonnabend, 25. Juli 1925 — Nummer 171

Freistaat Lübeck

Sonnabend, 25. Juli.

Der große Hammer.

Den letzten Schimmer eines Traumes noch im Hirn,
Gehn wir, die grauen Männer aus den kahlen Stuben,
Nach den Fabriken, Werken hin und Gruben
Und beugen in die Arbeit unsere Stirn.
Wir greifen mit den harten, nie geschonten Händen
Die Hebel, Räder, Hämmer, Aexte, Beile
Und mühen uns in sonderbarer Eile,
Die einmal angefangne Arbeit zu vollenden.
Die Herzen zittern, wenn der große Hammer kracht,
Acht Stunden kämpfen wir die Arbeitsschlacht.

Die erste Stunde ist ein lustiges Gefecht,
Da sind noch unsere Herzen mutig,
Die zweite Stunde aber macht uns blutig,
Die dritte Stunde schindet uns erst recht.
Wenn die Maschinen in der vierten Stunde kreisen,
Da tanzen in dem Radschwung grober Räder,
Die Fieber wild durch das Geäder,
Die uns nach vor, zur fünften Stunde reißen.
Wir fühlen kaum, wie schwer der große Hammer kracht,
Wir armen Hunde in der Arbeitsschlacht.

Mit heißem Rachen lechzt nach uns Gefahr.
Wieviele sind schon auf dem Platz geblieben,
Wenn sich der Stundenkreis beschloß mit sieben
Und Lärm der Welt in unsrer Seele war.
Gewiß, wir halten Elfenbein und Seide,
Amerika und Asien in harten Händen,
Das werden Blitze, die die Augen blenden,
Und Dolche, die uns treffen mit geschliffner Schneide.
Wir seufzen schwer im Joch. Der Tag ist für uns Nacht,
Wir Frontsoldaten in der Arbeitsschlacht.

Doch endlich rundet sich auch der verfluchte Kreis
Der Arbeit hin zur achten Stunde.
Wir fühlen schmerzhaft bluten eine Wunde,
Die auch der Feierabend nicht zu heilen weiß.
Wenn wir die Wege heim zu unsern Frauen gehen,
Zu unsern Kindern in den dumpfen Stuben.
Da ist in uns die Unrast der Fabriken und der Gruben,
Die ihre Räder noch durch unsre Träume drehen.
Wir kämpfen noch im Schlaf, tief in der Nacht,
Den schweren Kampf der Arbeitsschlacht.

Wir wissen: Einmal endet alle Not.
Das Werk wird uns erfreuen und beseelen
Und springt nicht mehr nach unsern Kehlen
Und mischt verdammtes Gift ins trockne Brot.
Dann werden singend die Maschinen und Motore kreisen,
In jedem Radschwung schwingen wir um die erlöste Erde,
Daß sie noch strahlender, noch heimatlicher werde,
Daß alle Menschen Freund und Bruder heißen.
Schlag zu, o Hammer, in der letzten Schlacht,
Schlag zu, o Hammer, daß die Knechtschaft kracht!

Max Barthel.

Ein schwerer Verkehrsunfall trug sich gestern mittag in der Mittagsstunde in der Moislinger Allee in der Nähe der Dampfmühle von Brede zu. Eine ältere Dame geriet beim Ausweichen von einem Fuhrwerk unter ein in wahnsinnigem Tempo daherrasendes Motorrad und blieb schwer verletzt liegen. Im Lauf des Nachmittags starb die Bedauernswerte. Der leichtfertige Motorfahrer, der noch den Versuch machte, zu entkommen, konnte gestellt und der Kriminalpolizei übergeben werden.

Feuerwerk auf dem Volksfeste. Das für gestern angesagte Feuerwerk wurde polizeilich verboten. Nachdem nunmehr alle Bedenken behoben sind, findet Sonntag abend ein Doppelfeuerwerk statt.

St.-Annen-Museum. Am Sonntag, dem 26. d. Mts., mittags 11½ Uhr, wird Herr Dr. Paatz eine Führung durch die Ausstellung mecklenburgischer Photographien abhalten.

Die Oeffentliche Trinkerfürsorgestelle in Lübeck schreibt uns: Im ersten Halbjahr wurden 22 neue Fälle gegen 14 im ganzen Vorjahre gemeldet. Leider kamen die Meldungen meist viel zu spät. Es wird daher allen Ehefrauen, Müttern und Männern geraten, so früh wie möglich die ganz unentgeltliche Hilfe der öffentlichen Trinkerfürsorgestelle in Anspruch zu nehmen. Es ist außerordentlich schwer, eine Familie, die durch eine weit vorgeschrittene Trunkenheit ihres Ernährers wirtschaftlich gesunken ist, wieder flott zu machen, weil alte Trinker dazu neigen, durch Rückfälle die aufbauende Arbeit immer wieder zu zerstören.

Postnachsendungen in der Reisezeit. Das Publikum beantragt die Nachsendung von Postsendungen und Zeitungen sehr häufig bei den Briefträgern mündlich. Das empfiehlt sich nicht, der Briefträger kann unmöglich allen Boten (Geldbriefträger, Paketzusteller, Telegramm- und Eilboten), die bei der Zustellung mitwirken, von dem Wunsche rechtzeitig Kenntnis geben. Alle Aenderungen, die die Zustellung der Postsachen betreffen, sind daher zweckmäßig dem Postamt am Sitze des Wohnortes schriftlich mitzuteilen. Vordrucke dazu sind unentgeltlich an den Schalterstellen zu haben. Auch die im Postwege bezogenen Zeitungen werden — gegen eine besondere Gebühr — nach dem neuen Aufenthaltsort des Beziehers auf Wunsch überwiesen. Die Weiter- und Rückuberweisung erfolgt ebenfalls nur auf besonderen Antrag. Der Bezieher muß also der Postanstalt des Ortes, an dem er sich vorübergehend aufhält, mindestens 2 Tage vor dem beabsichtigten Ortswechsel den Zeitpunkt der Weiter- oder Rückuberweisung mitteilen, andernfalls sind Verzögerungen in der Zustellung nicht zu vermeiden.

Wie prüft man Reichsbanknoten auf Echtheit? Zur Prüfung der Reichsbanknoten auf Echtheit hat das Reichsbankdirektorium eine Anleitung gegeben. Man präge sich das Bild der echten Note ein. Erscheint die Echtheit zweifelhaft, prüfe man das Papier nach Stärke und Färbung, ob es nicht etwa brüchig, lappig oder zusammengeklebt ist, ob das Wasserzeichen natürlich ist oder nur eingepreßt oder in Fettfarbe aufgedruckt. Hat der Schaurand die gemusterte Blindprägung und den Trockenstempel, sind die Faserstreifen vorhanden und echt? Zeigt der farbige, netzartige Irisgrund links Abweichungen, sind alle Teile der Zeichnung richtig wiedergegeben, zeigen die Köpfe Unregelmäßigkeiten, ist der Strafsatz fehlerfrei und gut lesbar, wiederholen sich die Nummern, erkennt man Handzeichnung, Lichtdruck, Pause usw? — Das Reichsbankdirektorium hat bei dieser Anleitung anscheinend nur an Fachleute, aber nicht an Laien gedacht.

Badeanstalt Falkendamm. Die Temperaturen betrugen: Wasser 25, Luft 24 Grad Celsius.

Die spanische Fremdenlegion.

Von einem Deserteur der spanischen Fremdenlegion, der dieser Tage in Berlin eintraf, erhalten wir auf Wunsch folgende Darstellung der Verhältnisse in der Fremdenlegion. (D. Red.)

Die spanische Fremdenlegion hat ihre Werbungen nach dem Krieg in erster Linie in Deutschland in größtem Umfang aufgenommen. Während vor dem Krieg nur ein geringer Prozentsatz nichtspanischer Europäer der Legion Rekrutenmaterial lieferte, sind durch die Nachkriegsverhältnisse in Zentraleuropa der spanischen Werbung eine große Zahl von Angehörigen jener Schichten zugeführt worden, die vor dem Krieg gar keinen oder nur einen verschwindenden Prozentsatz zur Kontingentierung dieser fragwürdigen Armee geliefert hatten.

So sind in den Jahren 1920 bis 1924 **mehr als 2000 Deutsche** in die spanische Fremdenlegion eingetreten, in der Mehrzahl Angehörige des Handwerker- und Arbeiterstandes sowie Arbeitslose aller Kategorien. Man verpflichtete sie **offiziell als Handwerker für die spanische Zivilverwaltung in Marokko** oder man stellte ihnen eine Tätigkeit als Hilfspolizist in den marokkanischen Küstenstädten in Aussicht.

Bei der Ankunft in Zeuta oder Manilla wurde ihnen dann meist kurzerhand erklärt, daß sie sich zum Eintritt in die spanische Fremdenlegion bereit zu halten und einen Kontrakt auf fünfjährige Tropendienstzeit auszufüllen hätten. Viele fügten sich, da sie keinen Ausweg sahen, in ihr Schicksal; manche weigerten sich jedoch, den Verpflichtungsschein zu unterschreiben. Hierauf sperrte man sie ein — wochenlang, monatelang unter Anwendung von Kostentzug und Dunkelarrest; man schreckte sogar von einer gelegentlichen Auspeitschung nicht zurück, **bis die Unterschrift erpreßt war.** Jeder Verkehr mit der Heimat und jede Inanspruchnahme des deutschen Konsulats wurde unmöglich gemacht, da die „Freiwilligen" **schlimmer als die gemeinsten Verbrecher** gefangen gehalten wurden.. Hatten sie dann endlich ihre Zustimmung gegeben, so wurden sie eingekleidet, einige Wochen lang durch die Rekrutenoffiziere der Legion notdürftig einexerziert und dann sofort in die Feuerlinie gejagt. Man brauchte sie dort dringend; denn der marokkanische Kolonialkrieg frißt unheimlich viel Truppen-„Material".

20 000 Mann fielen allein bei der großen Niederlage von Annual im Jahre 1922 und über 30 000 Tote und Verwundete haben die letzten Kämpfe von Scheschauen und Melilla gekostet. Den Hauptanteil an diesen Verlusten hat hierbei die Fremdenlegion getragen. **Von 1500 Deutschen,** die im August 1924 noch in der Legion waren, sind **heute nur noch etwa 200 am Leben.** Der Rest ist tot, verstümmelt, gefangen; eine kleine Zahl hat fliehen können. Auch für diese Zweihundert wird es keine Rettung geben, wenn ihnen nicht von außen her die öffentliche Meinung Europas die Tore ihres Gefängnisses öffnet.

Die unerhörten Zustände in der Fremdenlegion verdienen eine gründliche Brandmarkung in den modernen Kulturnationen. Die Legionäre haben neben den Strapazen eines unerbittlichen, grausamen Krieges eine geradezu **fürchterliche Behandlung** zu gewärtigen, sowie eine **Ernährung erbärmlichster Art,** kurz ein Leben unter Verhältnissen, wie man sie nur aus der Geschichte der antiken Sklaverei oder des spanischen Mittelalters in Südamerika kennt. Die Verpflegung besteht durchschnittlich aus einer Pfunddose Oelsardinen für drei Mann und einem halben Pfund Brot, dazu einige Tomaten und Nudeln, außerdem täglich einen Becher schlechten, schwarzen Wein. Das Essen ist durchweg ranzig, verdorben, voller Würmer und Maden, das Mehl ist schwarz wie Kleie und das Brot ungenießbar. Dazu wird dieses Zeug von arabischen Köchen, die vor Schmutz nur so starren und von moderner Hygiene natürlich keine Ahnung haben, zubereitet.

Die sanitären Verhältnisse sind geradezu ungeheuerlich. Medikamente sind nur in ungenügender Zahl und in schlechtester Qualität vorhanden, geschulte Aerzte fehlen überall. Sämtliche Hospitäler sind überfüllt und der Schmutz starrt aus allen Ecken der Lazarette. Fieberkranke werden grundsätzlich nicht behandelt, da man sie als „Drückeberger" ansieht und Geschlechtskranke werden von jeder Behandlung ausgeschlossen, „da dies keine Krankheit ist, die den Soldaten felddienstunfähig macht". Einer der deutschen Legionäre hatte einen Handschuß bekommen und lief dann mit seinem Gipsverband zehn Tage herum, bis der Eiter durch die Gipsdecke hindurchdrang. Ein anderer hatte einen Brustdurchschuß erhalten, lag drei Wochen im Lazarett, dann schickt man ihn an die Front, obwohl er noch schwer fieberkrank war. So starb er auf dem Wege zur Front, auf der staubigen sonnendurchglühten Landstraße, im Straßengraben. Alle Beschwerden und Vorstellungen der Legionäre sind natürlich fruchtlos. Rechtloser wie Zuchthäusler, dürfen sie lediglich alle 14 Tage eine Brief schreiben, natürlich unter Aufrechterhaltung der Kontrolle und der Zensur. Der Verkehr mit der Zivilbevölkerung und den spanischen Truppenteilen ist ihnen bei strengen Strafen verboten.

So lebt der spanische Fremdenlegionär in einem Gefühl absoluter Rechtlosigkeit; er fühlt sich wehrlos als Kanonenfutter den Gefahren der Front ausgesetzt, sobald er nach vorn geht, und allen Erniedrigungen und Herabwürdigungen einer modernen Sklaverei, sobald er in sein Lager zurückkehrt. Es ist Sache der spanischen Regierung, dieser Kulturschande in kurzer Zeit ein Ende zu machen. Es ist aber auch Sache der europäischen Kulturwelt, Alarm zu schlagen gegen ein System der modernen Sklaverei, dem deklassierte Elemente der gesamten Nationen zum Opfer zu fallen pflegen.

Ein Ruhmesblatt für den Lübecker Senat.

Ueber die anerkennenswerte Haltung, die der Vertreter Lübecks im Reichsrat bei der Beratung über Amnestiefrage eingenommen hat, haben wir bereits im politischen Teil ausführlich berichtet. Zur Ergänzung wird uns von seiten des Senats noch mitgeteilt:

Bei der kürzlich im Reichsrat verabschiedeten Vorlage, betreffend den Entwurf eines Gesetzes über Straffreiheit (Reichsamnestiegesetz), hat Lübeck schließlich gegen den Gesetzentwurf gestimmt. Der Grund hierfür ist folgender:

Schon bei den Vorbesprechungen über den Erlaß einer Reichsamnestie ist der Senat dafür eingetreten, daß bei der Reichsamnestie völlige Parität gewährleistet, d. h. Vorsorge getroffen werden müsse, daß die Amnestie sich politisch gleichmäßig nach rechts und links auswirke. Er hat demgemäß gefordert, daß die für die Amnestierung gewisser schwerer politischer Vergehen u. a. vorgesehene Voraussetzung, daß die Tat vor dem 1. Oktober 1923 begangen worden sei, wegfalle und dieser Termin auf einen späteren Zeitpunkt gelegt werde. Diese Forderung ist dem Senate so grundsätzlich wichtig erschienen, daß er, als ihr nicht entsprochen wurde, den Lübeckischen Gesandten beauftragt hat, gegen den Gesetzentwurf überhaupt zu stimmen. Im Falle der Annahme der Vorlage durch den Reichstag wird nun versucht werden, nach Möglichkeit einen Ausgleich durch eine ergänzende Landesamnestie zu schaffen. Dabei mag übrigens bemerkt werden, daß es in Lübeck politische Vergehen, die unter die Amnestie fallen würden, nicht gibt.

Besonders der letzte Teil dieser Mitteilung macht unserm kleinen Staatswesen alle Ehre.

„Hier „Columbus", wer dort?"

Erfolgreiche Versuche mit Bordtelephonie.

Man schreibt uns: Mit einer an Bord des Lloyddampfers „Columbus" eingebauten Telephoniestationen sind von deren Erbauerin, der Telefunkengesellschaft, in Gemeinschaft mit der Deutschen Betriebsgesellschaft für drahtlose Telegraphie (Debeg) und dem telegraphischen Reichsamt **neue Versuche eines funktelephonischen Verkehrs zwischen dem auf See befindlichen Dampfer und Landsprechstellen** gemacht worden, wobei die drahtlosen Gespräche von der Küstenstation Norddeich aufgenommen und von dort auf das Fernsprechnetz übergeleitet wurden. Die Versuche erstreckten sich auf die Herstellung eines sogenannten „Gegensprechbetriebes", d. h. eines ununterbrochenen wechselseitigen Ferngespräches eines Teilnehmers an Bord mit einem Teilnehmer eines Ortsanschlusses an Land. Der außerordentliche Vorteil des Gegensprechens gegenüber den bisherigen Versuchen einer funktelephonischen Verbindung zwischen Schiff und Land besteht darin, daß bisher die an Bord befindliche Station zur Entgegennahme der Antwort von Land immer erst von Senden auf Empfang, d. h. von Sprechen auf Hören umgeschaltet werden mußte.

Diese an und für sich zwar nur durch einen einzigen Handgriff erfolgende Umschaltung erschwert aber einen funktelephonischen Verkehr zwischen See und Land praktisch sehr, da es bei dieser Art des Verkehrs nicht möglich ist, dem Sprechenden in die Rede zu fallen, sondern stets gewartet werden muß, bis der jeweils Sprechende selbst aufhört. Der Gegensprechbetrieb wird sich dagegen für beide Teilnehmer in nichts von einem normalen Ferngespräch unterscheiden, wie es sonst an Land über Drahtfernleitungen vor sich geht.

Die bisherigen Versuche an Bord des „Columbus" haben das erfreuliche Ergebnis gezeitigt, daß **das Problem des Gegensprechens von Bord an Land und umgekehrt als praktisch gelöst angesprochen werden kann.** Lediglich bei der Weiterleitung der Bordtelephonie auf die Landdrahtleitungen haben sich noch gewisse Schwierigkeiten ergeben, die aber ebenfalls in kurzer Zeit beseitigt sein dürften. Die Telefunkengesellschaft beabsichtigt nunmehr, in Gemeinschaft mit der Debeg den Einbau und die **versuchsweise Inbetriebnahme von etwa zehn derartigen Gegensprechstationen an Bord deutscher Ueberseedampfer.** Man hofft mit den eingehenden Erprobungen bis Frühjahr 1926 so weit zu gelangen, daß im Sommer 1926, d. h. in etwa einem Jahr, **ein telephonischer Verkehr mit hoher See via Norddeich mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit aufgenommen werden kann.**

Schont die Felder!

Die starke Wanderlust, die unsere Jugend in Feld und Wald führt, kann man von gesundheitlichen Gesichtspunkten aus nur gutheißen. Dringend zu wünschen bleibt dabei aber auch, daß die bebauten Fluren, Aecker und Wiesen, auch die Wälder, die notwendige Schonung erfahren. Nur zu oft wird mitten in ein Getreidefeld hineingestampft einiger Blumen wegen, die sich auch mit etwas Geduld am Rande des Feldes hätten finden lassen. Neben der Bitte an die Eltern wanderfroher Jugend sei besonders auch den Vereinen und Organisationen, die das gemeinsame Wandern pflegen, die Aufgabe anheimgestellt, belehrend und erziehend zu wirken. Je mehr das Verständnis der Jugend auch für die volkswirtschaftlichen Werte in der Natur geweckt wird, desto mehr wird die Jugend die Natur zu schätzen wissen und auch die an ihr geleistete Arbeit.

Mehr als je verlangen unsere Fluren sorgfältigste Schonung. Der Acker ist der lebenspendende Born für uns alle. Unsere Ernährungsdecke ist knapp und kurz. Kein furchtbringendes Hälmchen darf nutzlos vernichtet werden. Wie viele Menschen könnten nicht mit all dem ernährt werden, was von rücksichtslosen Wanderern und Spaziergängern oft mutwillig zertreten und zerstört wird! Wie viele armen Leute könnten nicht damit gespeist werden! Warum läßt man es geschehen, daß durch Mutwillen unsere knappe Ernährungsmöglichkeit weiter verkürzt wird! Warum erschwert man dem Bauer durch rücksichtslose Feldverwüstung die Betriebsführung, erhöht die Produktionskosten und trägt damit selbst zur Verteuerung der Lebenshaltung bei!

An dem Kampfe gegen die Felddiebstähle, namentlich in den Kleingärten, müssen sich alle beteiligen. Die Kleingärtner gehören größtenteils den arbeitenden Schichten an, die ihre geringen Einnahmen durch die Erträgnisse eines Kleingartens zu erhöhen suchen.

Helft alle mit, den Kampf für die Erhaltung unserer Fluren und Früchte zu führen! Schützt die Schönheiten unserer Natur! Wehrt euch gegen jede mutwillige Vernichtung! Schreitet ein gegen Felddiebe und Flurfrevler! Unser aller Interesse verlangt es. Schützt und schont die Felder!

Zuwendungen an politische Parteien sind steuerfrei.

Der Steuerausschuß des Reichstages hat vor einigen Tagen beschlossen, daß Zuwendungen an politische Parteien in unbeschränkter Höhe steuerfrei sein sollen. Auf Antrag der Regierungsparteien ist diese Bestimmung mit rückwirkender Kraft ausgestattet worden, so daß auch diejenigen Beträge, die politischen Parteien im Jahre 1924 zu Wahlzwecken zugeflossen sind. Es

besteht kein Zweifel darüber, daß dieser Beschluß des Steuerausschusses die Zustimmung des Reichstags finden wird und also in nächster Zeit Gesetzeskraft erlangt.

Veranlassung zu diesem Beschluß hat die Tatsache gegeben, daß zahllose Finanzämter an die politischen Organisationen der verschiedensten Parteien das Ersuchen gerichtet haben, ihnen eine Nachweisung über die vereinnahmten Beträge, teilweise sogar die Mitgliedsbeiträge einzureichen. Es liegen sogar Fälle vor, in denen die Finanzämter die Einreichung von Mitgliederverzeichnissen und um vollständige Aufstellungen sämtlicher Einnahmen ersucht haben. Ein solches Verfahren steht im Widerspruch zu den Bestimmungen des geltenden Erbschaftssteuergesetzes. Nachdem der Steuerausschuß nun aber auch die Steuerpflicht überhaupt aufgehoben hat, fehlt jeder Rechtsgrund zu einem derartigen Ersuchen.

Organisationen der sozialdemokratischen Partei, die eine derartige Aufforderung des Finanzamtes zur Einreichung von Mitgliederlisten oder zur Angabe von gezeichneten Beträgen oder der Namen der Schenker oder sonstige Auskünfte wegen Zuwendungen an politische Parteien erhalten haben, müssen deshalb jetzt dem Finanzamt mitteilen, daß diese Aufforderung durch die Beschlüsse des Reichstages hinfällig geworden sind. Sofern trotzdem Finanzämter auf der Einreichung solcher Angaben beharren, ist das zwecks weiterer Verfolgung der Angelegenheit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei zu melden.

Partei-Nachrichten.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck

Sekretariat Johannisstr. 48, I. Telephon 2448.

Sprechstunden:
11—1 Uhr und 4—7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

9. Distrikt. Sonntag, den 26. Juli: Familienausflug nach Padelügge. Abmarch 2 Uhr vom Brolingsplatz.

Kinderfreunde! Dienstag den 28. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Allgemeine Helferversammlung. Erscheinen aller notwendig. Anschließend Vorstandsbesprechung.

Der Vorstand.

Achtung, Proletarischer Sprechchor! Der Sprechchor wird am Sonnabend, dem 1. August, abends, in Schwartau das Chorwerk „Der Tag des Proletariats" von Toller zum Vortrag bringen. Die Uebungsstunde hierzu ist am Montag, dem 27. Juli, 7½ Uhr abends, im Gewerkschaftshause. Alle Mitglieder werden gebeten, sich vorzubereiten und unbedingt pünktlich zur Uebungsstunde zu erscheinen.

Arbeiter-Liederbuch für Massengesang. Preis 10 Pfg. Zu beziehen durch die Buchhandlung „Lübecker Volksbote".

Ausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

Großes Konzert

am Sonnabend, dem 8. August, zum Besten des Kindererholungsheimes Hamberge, im Stadthallengarten. Musik: Schutzmannskapelle. Leitung Kommissar Vogelsang.

Abends 10 Uhr großes Feuerwerk.

Karten sind zu haben bei Hut-Ziehe, Wahmstr. 9; Zigarrengeschäft Buse, Breite Straße; Zigarrengeschäft Leißmann, Burgtor. Ferner bei den Beitragskassierern und Betriebsvertrauensleuten.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Betrifft Fahrpreisermäßigung. Ortsvereine, die an auswärtige Veranstaltungen teilnehmen, können bei der Bahn eine Gesellschaftsfahrt mit Preisermäßigung beantragen. Der Antrag wird gewährt, wenn folgende Bedingungen erfüllt werden: die Entfernung muß mindestens 50 Km. betragen. Eine Teilnehmerzahl von 30 Personen und mehr muß gewährleistet werden. Es tritt dann eine Preisermäßigung von 25 % in Kraft. Die Anmeldung hat 3 Tage vorher beim Stationsvorstand zu erfolgen.
Wir bitten die Ortsvereine besonders zur Verfassungsfeier von dieser Verfügung Gebrauch zu machen.

Frei Heil!
Die Gauleitung. J. A.: H. Janzen.

13. Abt. Moisling. Die Jugendgruppen treten Montag, den 27. Juli, abends 8 Uhr beim Moislinger Baum an.

Abteilung Holstentor und Stadt. Abmarsch zum Kinderfest auf der Dornbreite ½1 Uhr Lindenplatz. Instrumente mitbringen. Erscheint alle.

J.

Kücknitz. Am Sonntag, dem 26. d. M., gehen wir ins Landheim nach Teschow. Kommt zur Vorbesprechung heute um 8 Uhr ins Heim.

E. Schm.

Ortsgruppe Moisling. Sonntag, den 26. Juli: Fahrt an die Ostsee! Treffen: 6 Uhr morgens am Moislinger Baum.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Bureau: Johannisstraße 48 II.
Geöffnet von 5 bis 7 Uhr nachmittags

Spielleute. Sonntag, den 26. Juli, nachmittags 12¼ Uhr Antreten zum Ausmarsch nach Herrnburg am Gewerkschaftshaus.

Daniel.

5., 11., 12. Abteilung und Jugendabteilung. Abmarsch nach Herrnburg pünktlich 1 Uhr Waldersee-Straße. Fahnenzug der 2. Abteilung 12½ Uhr ab Gewerkschaftshaus. Leitung: Kamerad Groneck.

11. Abteilung. Sonnabend abend 8 Uhr: Versammlung Luisenlust. Kein Kamerad darf fehlen.

Ortsgruppe Schlutup. Sonntag 11 Uhr: Abmarsch nach Herrnburg. Alles hat anzutreten.

Gewerkschaftliche Mitteilungen.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände!

Die Meldungen über evenil. benötigte Fahrzeuge zum Fest der Arbeit werden mit dem 28. d. M. abgeschlossen. Spätere Meldungen können keine Berücksichtigung finden. — Die Gewerkschaften oder sonstige Organisationen, die sich selber ein Fahrzeug beschafft haben, müssen dies ebenfalls bis 28. Juli melden. Ferner ist von den Verbänden anzugeben, ob die Gewerkschaftsmitglieder oder ein Teil von ihnen in besonderer Kleidung erscheinen. Für die Zusammenstellung des Zuges sind diese Angaben unbedingt notwendig. **Der Vorstand des ADGB.**

Metallarbeiter-Jugend! Sonntag morgen 8½ Uhr Bahnhof zum Abholen der Hamburger Jugendkollegen.

Rauchet
Sorgenbrecher
ein gesunder vorzüglicher Rauchtabak
von Heinr. Jos. Du Mont, Köln a/Rh.

Achtung Gewerkschaftsvorstände! Die Karten für das Fest der Arbeit sind umgehend im Sekretariat des Ortsausschusses in Empfang zu nehmen. Der Vorstand des ADGB.

Achtung, Fabrikarbeiter! Die Belegschaft der Firma Villeroy & Boch-Dänischburg ist wegen Lohndifferenzen in den Streik getreten. Zuzug ist fernzuhalten.

Verband der Fabrikarbeiter.

Angrenzende Gebiete

Provinz Lübeck

Schwartau-Rensefeld. Achtung! Die Parteiversammlung fällt heute abend aus.

Der Vorstand.

Stockelsdorf. Am 2. August findet das diesjährige Gewerkschaftsfest statt. Arbeiter und Arbeiterinnen sorgt für Massenbesuch. Zeigt den Arbeitgebern, daß die Gewerkschaften geschlossen dastehen! Das Fest findet im Herrengarten statt. Für gediegene Unterhaltung trägt das Festkomitee Sorge.

Lauenburg

Ratzeburg. Brände. Ein kleiner Brand entstand gestern in dem Gras und Gestrüpp am Eingang zum Hundebusch. Durch das tatkräftige Eingreifen der Reichswehr konnte das Feuer gleich wieder gelöscht werden, ohne bedeutenden Schaden angerichtet zu haben. — Ebenso konnte vorgestern abend in der Nähe von Salem ein Moorbrand durch sofortiges Eingreifen der am Bagger beschäftigten Arbeiter bekämpft werden, ehe das Feuer auf die angrenzende Fichtenschonung übergriff. Wodurch diese beiden Brände entstanden sind, ist nicht bekannt. — Größerer Schaden wurde gestern morgen durch das Verbrennen von 2 Morgen Roggen in der Nähe des Hauptbahnhofes verursacht. Dieser Brand scheint durch Funkenflug einer Lokomotive entstanden zu sein.

Hansestädte

Hamburg. Vereinzelte Typhusfälle. In den letzten Tagen waren auch in Lübeck Gerüchte über Typhus und Cholera in Hamburg verbreitet. Das Hamburger Gesundheitsamt teilt dazu mit: In der Stadt sind Gerüchte über Typhus- und Cholera- und sonstige Infektionskrankheiten verbreitet, die jeder Grundlage entbehren. Sie sind wohl verursacht durch das isolierte Auftreten von Typhuserkrankungen, die von Uebersee mitgebracht wurden und einem isolierten kleinen Herd in der Stadt, von dem eine weitere Verbreitung nicht zu erwarten ist. Die jedes Jahr im heißen Sommer und Herbst sich häufenden Fälle von Sommer-Diarrhoe dauern 2 bis 3 Tage an, bei den meisten Menschen treten sie leicht, bei einigen etwas schwerer, zum Teil mit leichtem Blutabgang auf. Da sich in der Hitze Speisereste und Nahrungsmittel leicht zersetzen, ist besondere Vorsicht auf Aufbewahrung und Wiederbenutzung zu legen. Zur Erfrischung werden auch größere Mengen Obst genossen, auf die der Darm und Magen nicht so schnell eingestellt ist und mit Durchfall reagiert. Man esse daher das Obst in gekochtem Zustande. Sonstige Vorsichtsmaßregeln sind nicht nötig. Wasser und Milch sind in Ordnung.

Hamburg. Ein bestialer Streich. In der Nacht zum 18. d. Mts. wurden auf einer zwischen Billdeich und den Sander Tannen gelegenen Weide zwei prämiierte Milchkühe im Werte von 5000 Mark auf bestialische Weise derart zugerichtet, daß die Tiere geschlachtet werden mußten. Die unbekannten Täter sind flüchtig. Zur Ermittlung der Burschen ist eine Belohnung von 2000 Mark ausgesetzt.

Hamburg. Der völkische Stadtverordnete Dietz als Revolverheld. In Boberg bei Bergedorf spielte sich am Mittwoch eine Familientragödie ab. Der Schwager des völkischen Stadtverordneten Dietz, der mit einer Schwester von D. verheiratet ist, führt gegen seine Frau einen Ehescheidungsprozeß. Es haben sich so erhebliche Spannungen entwickelt, daß es recht oft zu Auseinandersetzungen zwischen dem Stadtverordneten Dietz und seinem Schwager gekommen ist. Dabei soll gegenseitig mit Drohungen vorgegangen sein, nach denen einmal Herr Dietz mit Hilfe von Jung-Bismarckern, sodann der Schwager mit wesensverwandten Schutzgarden aufzuwarten gedroht haben soll. Am Mittwoch kam nun Herr Dietz mit zwei Herren und drei Damen nach Boberg. Sie verlangten bei dem Schwager, einem Manne namens Vorrat, Einlaß. Vergebens! Es entwickelte sich eine Keilerei, bei der Vorrat übel zugerichtet wurde. Es wird berichtet, daß der völkische Stadtverordnete Dietz dann beim Herausgehen plötzlich seinen Revolver gezogen und seinen Schwager niedergeschossen haben soll. V. starb während des Transportes nach dem Bergedorfer Krankenhaus. Dietz wurde verhaftet. Er gibt an, in Notwehr gehandelt zu haben. Alle Beteiligten wurden später dem Amtsgericht in Reinbek zugeführt, wo die weitere Vernehmung stattfinden soll. Zu bemerken ist noch, daß Dietz keinen Waffenschein besaß.

Schleswig-Holstein

Kiel. Zur Hebung des Verkehrs im Freihafen hat die Stadt durch Vermittlung der hiesigen Reedereien ein Abkommen mit verschiedenen Dampferlinien getroffen, die sich verpflichten, Kiel in Zukunft regelmäßig anzulaufen. Es handelt sich zunächst um drei Linien, von denen eine jede Woche, die beiden anderen alle zwei Wochen Kiel aufsuchen. Die achttägig verkehrende Linie läuft von Hamburg über Kiel nach Kopenhagen; die beiden anderen laufen von Bremen nach Malmö und Gotenburg bezw. Antwerpen nach Helsingfors und anderen finnischen Häfen. Die Reedereien haben sich verpflichtet, für die Versendung Kieler Frachten eine bestimmte Raummenge freizuhalten.

Vermischte Nachrichten

Der Rathenower Brand zum Stillstand gebracht.

25 000 Morgen Wald vernichtet.

Großmundicke, 24. Juli.

Der Waldbrand bei Rathenow ist heute vormittag endlich zum Stillstand gebracht worden. Er stellt sich als eine der furchtbarsten Brandkatastrophen in Mitteldeutschland heraus. Im ganzen sind etwa 20 000 Morgen Forst vollständig vernichtet worden.

An der Brandstelle wurde die ganze Nacht über fieberhaft gearbeitet. Vom Westen her, dem Brand entgegen, griffen noch Truppen aus Stendal, Gendarmerie aus Jericho und Magdeburg ein, und so gelang es, das gewaltige Feuer heute vormittag einzudämmen und zum Stillstand zu bringen. Die Gefahr eines Weiterbrennens ist freilich immer noch nicht beseitigt. Der riesige Wald, der wie ein einziger schwarzer, unsagbar trauriger Friedhof anmutet, schwelt noch an einigen Stellen.

Geschädigte sind drei Gutsbesitzer, v. Gontard, v. Kappe und v. Guaita, alle durch Versicherungen gedeckt. Wirklich geschädigt sind aber die Groß-Wudicker Kossäten, sechs kleine Bauernwirtschaften, die je 30 bis 40 Morgen verloren haben, teilweise ihr einziges Besitztum.

Während des Brandes spielten sich dramatische Szenen ab. So wollte sich der siebzigjährige Förster Lindenberg, der in jahrzehntelanger Arbeit den größten Teil des Waldes großgezogen hatte, nicht von der Brandstelle wegbringen lassen und hätte sich, wenn man es nicht verhindert hätte, aus Verzweiflung in die Flammen gestürzt.

Schwere Gewitter über Thüringen. Den Blättern zufolge haben in den letzten Tagen im Schwarztal und in Thüringen schwere Gewitter mit Wolkenbrüchen großen Schaden angerichtet. Die Getreideernte ist teilweise fast völlig vernichtet. In Wilhelmstal wurde ein Kind und in Präckting eine Landwirtsfrau vom Blitz erschlagen.

Komet Freilauf
ES GIBT KEINEN BESSEREN!

Arbeiter-Sport

Alle Zuschriften für diese Rubrik sind an den Sportgen. Max Cornehl, Gr. Gröpelgrube 22 nicht an die Redaktion des Lübecker Volksboten zu richten.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Lübeck. Wanderung der Mädchen-Abteilung am 27. und 28. Juli nach Segeberg. Abmarsch am 27. Juli, morgens 6 Uhr, vom Lindenplatz. Unkosten 1 Mark.

E. Beyer.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Lübeck E. V. 26. 7. Kassedorfer Tannen. Treffen 7 Uhr Bahnhof, Führer C. Schuster. 29. 7. Abendwanderung Treidelstieg. Treffen 8 Uhr Burgtorbrücke, Führer O. Heyden. 2. 8. Heidewanderung. Treffen 2 Uhr Burgtorbrücke, Führer Mollenhauer.

F. M.

Arbeiter-Turn- u. Sportverein Lübeck. Wanderung der Knaben-Abt. am 30. Juli nach Pöppendorfer Ring. Abmarsch 1 Uhr mittags Burgtorbrücke, ein Schülerfahrschein. E. Beyer.

Es sei hiermit nochmals auf das morgen nachmittag auf der Dornbreite zwischen Vorwärts I und Schwartau I stattfindende fällige Bezirksspiel hingewiesen. Der Beginn des Spiels ist auf 3½ Uhr festgelegt. Jeder Sportler wird nicht versäumen, sich dieses Spiel anzusehen.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte

Freitag, 24. Juli.

Nachdem sich das Hoch über Skandinavien abgeschwächt hat und zum Teil ostwärts abgewandert ist, hat das von Südwesteuropa und Süddeutschland herannahende ausgedehnte Tief mit seinen flachen Tiefdruckkernen auch uns etwas Gewitter, Regen und Abkühlung gebracht. Infolge der ziemlich gleichmäßigen Luftdruckverteilung wird die Windrichtung morgen wechseln, doch dürfte die Ostströmung noch eine Zeit die Oberhand behalten.

Vorhersage für den 25. und 26. Juli.

Abermalige Erwärmung, wiederholt örtliche Gewitter.

Schiffsnachrichten

Angekommene Schiffe.

24. Juli.

Deutsch. D. Fehmarn, Kapt. Schwenn, von Burgstaken; 70 Pass., Stückg., 4 Std. Finn. S. Nils, Kapt. Carlsson, von Carleby, Holz, 18 Tg. Schwed. S. Marie, Kapt. Larsson, von Apenrade, leer, 1 Tg. Deutsch. S. Fürstin Marie v. Puttbus, Kapt. Ehlert, von Vestervik, Holz, 7 Tg. Finn. S. Tärnan, Kapt. Grunow, von Gamlekarleby, Holz, 15 Tg. Deutsch. D. Oderstrom, Kapt. Rögner, von Gothenburg, Ladung, 1½ Tage.

25. Juli.

Deutsch. D. Herm. Otto Ippen 14, Kapt. Kliehn, von Kiel, Stückg., 10 Std. Schwed. S. Energy, Kapt. Johansson, von Eckernförde, leer, 1 Tg. Finn. S. Pesamo, Kapt. Ericsson, von Kotsborg, Schwellen, 13 Tg.

Abgegangene Schiffe.

24. Juli.

Schwed. D. Urania, Kapt. Timann, nach Stockholm, Stückg. Deutsch. D. St. Jürgen, Kapt. Boy, nach Memel, Stückg. Schwed. D. Hansa, Kapt. Wulff, nach Gothenburg, Stückg. Deutsch. D. Wiborg, Kapt. Schütze, nach Wiborg, Stückgut.

25. Juli.

Dän. S. Frederik Fischer, Kapt. Danielsen, nach Königsberg, Ladung.

Rundfunk-Programm

Hamburger Sender — Wellenlänge 395 Meter

Sonntag, 27. Juli.

7.25 Uhr vorm.: Uhrzeitzeichen. — 7.30 Uhr vorm.: Wetterfunk. Landwirtschaftliche Meldungen — 8 Uhr vorm.: Letzte Drahtmeldungen. — Wochenschau. — Funk der Hausfrau. — 8.30 Uhr vorm.: Wirtschaftliche Zeitfragen. — 8.45 Uhr vorm.: Dr. Funk. Briefkasten. — 9.15 Uhr vorm.: Morgenfeier mit Haydn. — 1.15 Uhr nachm.: Hamburg, Hannover, Bremen: Funkwerbung. 1.45 Uhr nachm.: Unterhaltungskonzert des Kammerorchesters der Norag Hannover. — 2.30 Uhr nachm.: Schachschule für Anfänger. — 3.15 Uhr nachm.: Esperanto. — 4.00 Uhr nachm.: Am deutschen Rhein. — 5.40 Uhr abends: Norische Charaktermusik. — 7.00 Uhr abends: Ein Wolkenkratzer vor 5000 Jahren. — 7.30 Uhr abends: Sportvorbericht. — 7.55 Uhr abends: Wetterfunk. — 8 Uhr abends: Kleiner Symphonie-Abend — Tanzfunk — In der Pause Sportbericht.

Montag, 28. Juli.

5.45 Uhr vorm.: Uhrzeitzeichen. — 5.50 Uhr vorm.: Wetterfunk. — 6.30 Uhr vorm.: Landwirtschaftliche Meldungen. — 6.50 Uhr vorm.: Letzte Drahtmeldungen. Wetterfunk. — 12.55 Uhr nachm.: Nauener Zeitzeichen. — 1.10 Uhr nachm.: Schiffahrtsfunk. — 2.00 Uhr nachm.: Bremer Wetterbericht. — 2.05 Uhr nachm.: Hauskonzert der Bremer Norag. — 2.45 Uhr nachm.: Funkbörse der Norag. — 3.40 Uhr nachm.: Die Funkbörse der Norag. — 4.00 Uhr nachm.: Die Schiffahrt im Funk. Luftverkehrsmeldungen. — 4.15 Uhr nachm.: Auf Deutschlands höheren Schulen. — 5.05 Uhr nachm.: Hamburg. Funkwerbung. — 6.00 Uhr abends: Hamburg: Dirigenten als Komponisten: 1. Max v. Schillings. — 7.00 Uhr abends: Schule der Volksgesundheitspflege. — 7.45 Uhr nachm.: Hamburger Frucht- und Gemüsemarkt. — 7.55 Uhr abends: Wetterfunk. — 8.00 Uhr abends: Dr. Funk der Ingenieur. — 8.30 Uhr abends: Humor des Grauens — Tanzfunk — In der Pause Sportbericht.

Der Deutsche Rundfunk
größte u. inhaltreichste Funkzeitschrift
Alle Programme
Unterhaltungs- u. Bastelteil
40 Pf. jede Woche
Abonnementsbestellung durch jeden Briefträger
Probenummern kostenlos vom Verlag, Berlin S 42

Verantwortlich: Für Politik u. Volkswirtschaft: Dr. Fritz Solmitz. Für Freistaat Lübeck und Feuilleton: I. V.: Dr. Solmitz. Für Inserate: Carl Luickhardt. Verleger: Carl Luickhardt. Druck: Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Die Olympiade, ein Fest der Partei und Gewerkschaften.

Von **Theodor Thomas.**

Wenn am nächsten Sonntag viele Zehntausende Arbeitersportler beiderlei Geschlechts unter dem Jubel der Frankfurter Einwohnerschaft im festlichen Zug unsere Straßen durchschreiten, dann ist dies nicht nur ein Triumph der Arbeitersportbewegung. In diesem Massenschritt der Arbeiterturner, -schwimmer, -athleten, der Radfahrer auf ihren Maschinen, der Schützen, Boxer, Schach- und -Wassersportler, der Hockey-, Kricket- und Tennisspieler, der Naturfreunde und Fußballer, der Samariter, Sänger und Schneeschuhmenschen kommt mehr zum Ausdruck, als nur die Freude an Sport und Körperpflege. Die Gründer der verschiedenen Sportgattungen haben mit sicherem Blick erkannt, daß gute Arbeit auf politischem, wirtschaftlichem und gewerkschaftlichem Gebiet nur von gesunden Menschen geleistet werden kann. Stubenhocker und Leute, die bei jedem Windwechsel hüsteln, sind keine Kämpfernaturen, oder werden es nicht lange sein.

Fern sei es mir, hier eine Abhandlung zu schreiben über die Einwirkung von Sport und Spiel auf Nerven, Herz, Lungen, wechsel, auf Atmen, Geschicklichkeit und Gewandtheit usw. Darüber berichtet jedes Lexikon, jede hygienische Schrift, jeder Arzt. Nicht auf die körperlichen Knochen und Gelenke kommt es hier an, sondern welchen Einfluß der Sport auf die gesamte Arbeiterbewegung hat oder haben kann, wenn wir ihn richtig einordnen.

Sein Können zeigen, sich in der Kraft zu entfalten im Wetteifer mit Gleichgesinnten, ist die Quelle höchster Freude für jeden. Diese Lustgefühle bleiben nicht auf den Sport beschränkt. Der gestählte Nerv, die zu Eisen gewordene Muskel erhöhen den Drang nach Betätigung; Geschicklichkeit und schnelle Auffassung übertragen sich auch auf andere Tätigkeitsgebiete. Kein Zweifel (und nicht humoristisch gemeint) besteht darin, daß der Naturfreund, dem Bergsteigen und dreißig Kilometer wandern am Sonntag Kleinigkeiten sind, ebensogut an einem andern Tag dreißigmal in den vierten Stock klettert, um ein Flugblatt abzugeben. Auch darin wird mir jeder zustimmen, daß gemeinsames Turnen oder Fußballspielen von hohem Einfluß auf die gemeinsame Weltanschauung ist. Wir sehen dies — leider, leider — nur zu drastisch bei unseren sportlichen Gegenfüßlern. Wie viel, sonst proletarisch erzogene, ja von Haus aus auch so empfindende Jungens und Mädels, aber auch Männer und Frauen, gehen uns verloren, weil sie völlig aufgehen in der arbeiterfeindlichen Sportbewegung. Wir erleben es täglich, wie diese — angeblich neutrale — Richtung, die, sie sie in ihre Arme bekommt, politisch entnervt und in das arbeiterfeindliche Lager zieht. Es gibt keine neutralen Sportvereine. Wer sagt, er ist neutral, steht immer rechts. „Wir treiben hier nur Sport und keine Politik" ist oft ein sehr durchsichtiges Aushängeschild. Wenn nicht mehr, bedeutet es immer dies: Wir verhindern, daß sich unsere Leute auf ihre Klassenlage besinnen. Schon das wäre unserer Bewegung schädlich. Aber meistens wird direkt arbeiterfeindliche Politik getrieben.

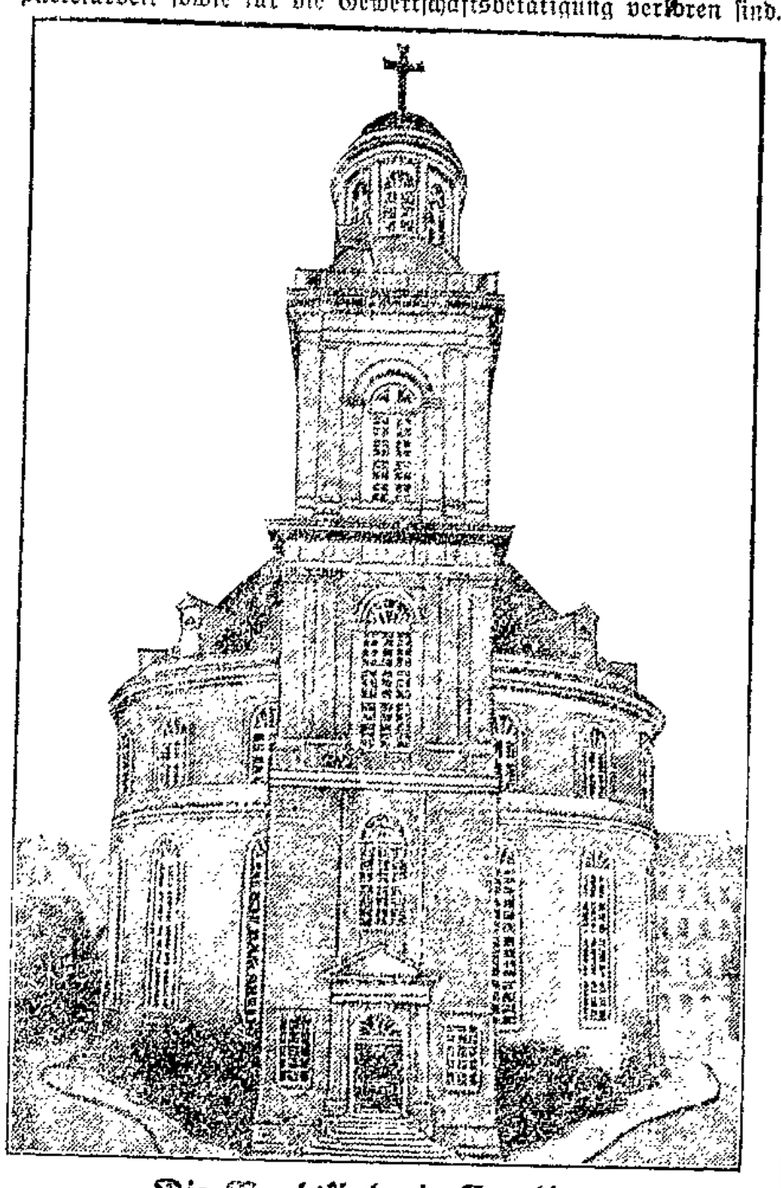
Aus diesem Grunde ist die Arbeitersportbewegung so sehr wichtig; sie begründet das Wort: Dem Volke gilt's wenn wir zu spielen scheinen. Uns scheint, daß Partei und Gewerkschaften, insbesondere auch die Kulturkartelle, gar nicht ernst genug diese Dinge beurteilen können. Die bürgerlichen Olympiaden sind — daran kann kaum gezweifelt werden — Kriegsspielereien, nur mit anderen Mitteln. In der ersten Arbeiterolympiade dagegen, das ist von Fritz Wildung so prächtig in unserem Blatte ausgeführt worden, kommt der Gedanke der Völkerverständigung zum Ausdruck, wobei nicht die Nation, nicht das so oder so gefärbte Fahnentuch die ausschlaggebende Rolle spielt, sondern der Mensch.

Hier sind die schönsten Berührungspunkte mit dem Sozialismus, mit Partei und Gewerkschaften; dieses Bewußtsein zu hegen und zu pflegen ist ein Teil der Aufgaben, die sich die Arbeiterbewegung gestellt hat.

Der Sport hat aber noch eine Reihe anderer guter Eigenschaften, die wir im sozialwirtschaftlichen Kampf nötig brauchen: er steigert die Willenskraft. Was müssen wir denn so oft erleben? Daß ein Teil unserer Anhänger leicht den Kopf zu verlieren geneigt ist. Ob im gewerkschaftlichen Kampf einmal alles anders kommt, als sich der Kopfhänger gedacht hat, ob es politische Enttäuschungen gegeben hat, oder ihn der Konsumverein ärgerte, sein proletarischer Wille übersteht oft die Probe auf seine Nerven nicht. Er fällt zurück in den Haufen derer, die sofort die Flinte ins Korn werfen.

Seht euch vom 24. bis 28. Juli diese Menschen an, denen der Sport die Willenskraft gestählt hat, betrachtet euch beim Festzug die herrlichen Gestalten. Ihr werdet finden, das sind in der großen Ueberzahl Naturen, die mit hemmenden Unlustgefühlen schnell fertig werden, die kein Gefühl der Unzulänglichkeit und des Mißlingens kennen, die Furcht vor einer Verstauchung oder andere Gefahren belachen. Das überträgt sich ganz von selbst auch in das politisch-gewerkschaftliche Leben, wo bestimmte Willenshandlungen, rascher Entschluß und Ueberwindung von Zaghaftigkeit oft bitter nötig sind. Schwäche und Reizbarkeit sind unangenehme Gegner in der Partei, wie in der Gewerkschaft. Ich möchte einen Streik lieber mit Arbeiterturnern beginnen, wollte eine politische Aktion lieber mit ihnen, Naturfreunden und anderen durchkämpfen, statt mit Leuten, die sich im Sommer nicht von den Winterfenstern trennen können und auf Filz- statt auf Nagelschuhen durchs Leben schreiten.

Das sind Selbstverständlichkeiten; mich dünkt aber, sie werden viel zu wenig beachtet, ja oft geradezu verkannt. Es gab und es gibt heute noch Partei- und Gewerkschaftsmenschen, die dem Sport sehr scheele Augen zuwerfen, die ihn als Stiefkind betrachten. Vielleicht ist daran schuld, daß viele Arbeitersportler ganz in ihrem Betrieb aufgehen, und — zum Teil — für die Parteiarbeit sowie für die Gewerkschaftsbetätigung verloren sind.



Die Paulskirche in Frankfurt
die Tagungsstätte des ersten deutschen Parlaments von 1848.

Das mag sein, aber dürfen wir deshalb das Ganze leiden lassen? Geht es uns mit den Siedlern, Kleingärtnern usw. nicht auch so? Wie erst, wenn wir derer gedenken, die weder politisch noch gewerkschaftlich organisiert sind, die keiner Sportvereinigung angehören, aber ihre Zeit beim Skat, Schafskopf und Sechsundsechzig verbringen? Die ohne Sinn dem Billard ganze Nächte opfern, oder auf der Kegelbahn? Nicht zu gedenken derer, die stupid in den Kneipen sitzen, ohne überhaupt zu denken?

Der Sportler wird zum großen Teil von alledem auf vernünftige Weise abgelenkt. Er ist weder dem Alkohol noch dem Tabak versklavt, er hat es so in der Hand, Schlagfertigkeit, Geistesgegenwart und Beherrschung zu lernen. Das ist Nervengymnastik, die ihn im Kampf um seine wirtschaftliche Existenz schätzenswerte Dienste leistet. Ein gesunder Geist in einem gesunden Körper ist das Leitmotiv des Arbeitersports. Die Erste Internationale Arbeiterolympiade wird den Beweis erbringen, daß der Arbeitersport das Hauptprinzip verfolgt, alle Klassengenossen so an Körper und Geist zu kräftigen, daß sie nicht frühzeitig im Kampf ums Dasein an den Rand gespielt werden. Die Arbeitersportler sehen in ihrer übergroßen Mehrheit ein, daß dies nicht mit dem Sport allein entschieden wird, sondern daß von der andern Seite her Partei und Gewerkschaften helfen müssen. Es wäre ein schöner Erfolg dieser ersten Olympiade, wenn sie auch bei uns das Gefühl wachrufen ließe, daß der Sport ein guter Bundesgenosse beim wirtschaftlichen Kampf werden kann, wenn wir verstehen, von ihm das Gute auszuwerten.

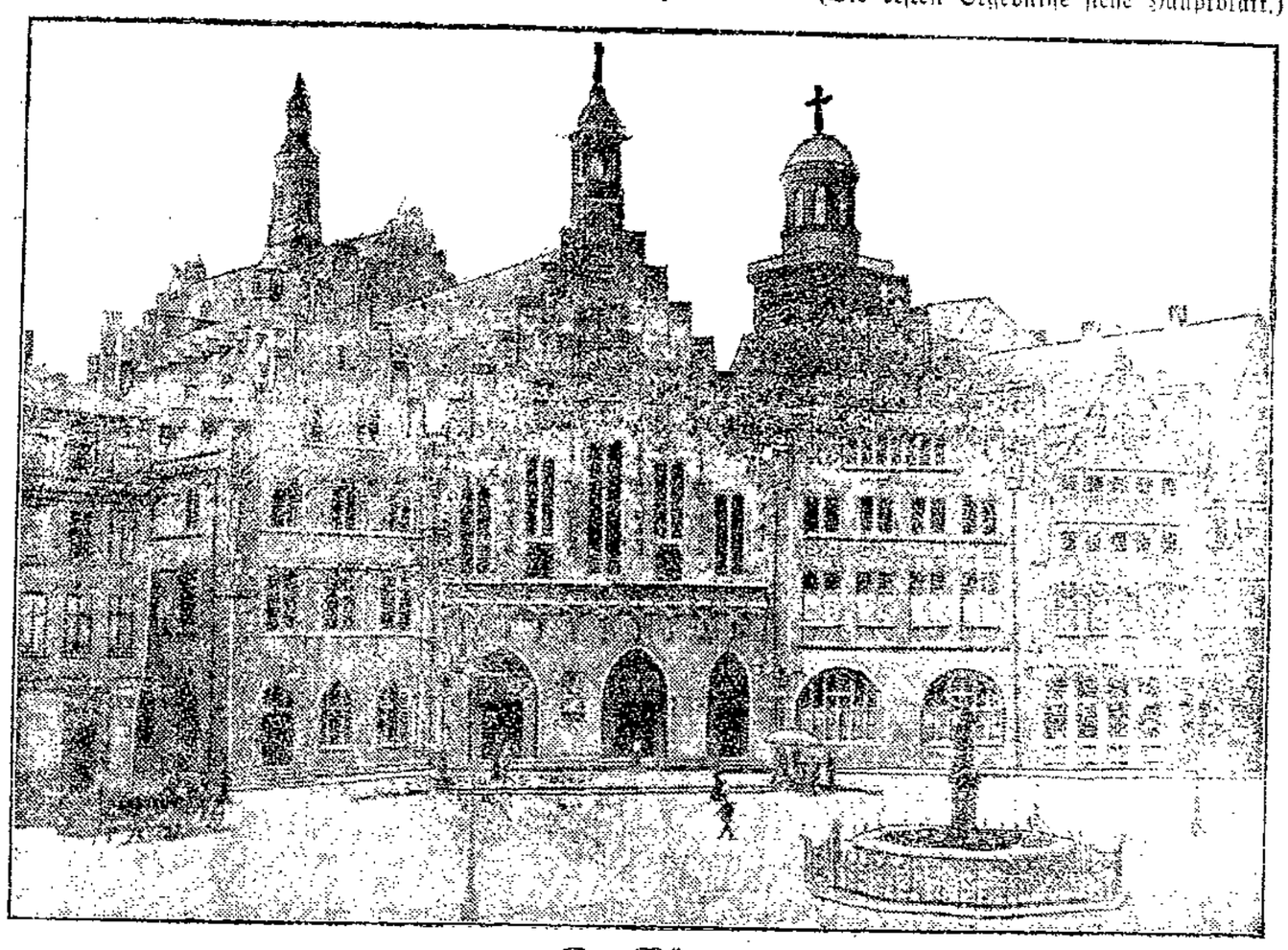
Die Tage vom Donnerstag bis Mittwoch nächster Woche haben aber für unsere Gewerkschafter noch eine weitere Bedeutung. In der Olympiade kommt ein Gedanke zum Ausdruck, den wir nennen möchten: **die Verbundenheit der Arbeiterbewegung.** Alle diese Zehntausende sind gewerkschaftlich und politisch organisiert, mindestens aber in einer dieser Organisationen Mitglied. Muß der Gesamtbewegung nicht ein mächtiger Impuls gegeben werden, wenn hier gezeigt wird, ein wie starkes Band der gewerkschaftliche, der politische Gedanke schlingt? Was begeistert uns am 1. Mai? Das Bewußtsein der Gemeinsamkeit mit allen Völkern. In der Olympiade muß uns begeistern das Zusammenströmen von Kräften, die uns dienen wollen.

Zehntausenden Frankfurter Arbeitern und Arbeiterinnen, Angestellten und Beamten muß in den Tagen der Olympiade das Herz höher schlagen, wenn sie diese Verbundenheit sehen, fühlen, mit ihr leben.

Dies sei unser Festgruß: Möge jeder mitempfinden, was uns das Herz aufschließt, wenn wir die Arbeiter aus aller Welt in unseren Mauern zu Gaste haben, daß der Sport Lebensfreude und Lebensgenuß erhöht, daß er die Leiden im Kampf erfrischt und stählt, daß er uns gesund erhält, um Kräfte frei zu bekommen für die wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen.

So begrüßen die Frankfurter Partei- und Gewerkschaftsmitglieder die Olympiade und ihre Festgäste.

(Die ersten Ergebnisse siehe Hauptblatt.)



Der Römer
das mittelalterliche Rathaus Frankfurt, in dem die Römischen Kaiser deutscher Nation gekrönt wurden.

Persil bleibt Persil

Dies Wort, aus Hausfrauenmund geprägt,
zeugt von der unerschütterlichen Beliebtheit des einzigartigen Waschmittels.

1057

1040 **Original-Marine-Bekleidung**
Arbeitspäckchen, Ueberzieher
blaue Hosen, blaue Hemden preiswert, gebr. Herren- u. D.-Uhren, Betten, Garderobe
im Leihhaus Hüxstr. 113, staatl. konz.

(1050
Oefen
Herde
Grudeherde
Gaskocher
Wand- und Fussbodenplatten
Adolf Borgfeldt, Lübeck
Tel. 672 Mühlenstr. 36/46 Tel. 678

Das Fahrrad
sein Bau, seine Instandhaltung u. Reparaturen
Von Oberingenieur G. A. Krumm u. R. Burger
Mit 110 Abbildungen und einigen Tabellen
Preis 1.20 Mark
Buchhandlung „Lübecker Volksbote"
Johannisstr. 46

Rudolf Hilferding
Die Schicksalsstunde der deutschen Wirtschaftspolitik
Preis der Broschüre 40 Pfennig
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46

Möbel auf Kredit
ohne Aufschlag (1079
Stüwe's Möbellager
Breite Str. 21 im Hinterhaus

Krätzurgan beseit. schnell sauber, mild, unschädlich Jucken u. fast alle Hautleid. Vielmillionenf. bewährt. **Hafen-Drogerie,** (1040 Beckergr. 68. Pak. 1.50

Adreßkarten
werden angefertigt bei
Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46

CUPREX
tötet Laus u. Nisse mit einem Schlage.
Zu haben in Apotheken u. Drogerien

Amtlicher Teil

Versammlung des Bürgerausschusses

am Montag, dem 27. Juli 1925, nachm. 5 Uhr.

1098) Der Wortführer **Fr. Henk.**

Konkurseröffnung

Ueber das Vermögen der Firma **Carl Häuer & Co.** in Lübeck, Dornestraße Nr. 44, wird heute am 25. Juli 1925, vormittags 8 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwalt Hach in Lübeck, Mengstraße Nr. 18, wird zum Konkursverwalter ernannt.

Termin zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, die Bestellung eines Gläubigerausschusses und die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände findet

am 21. August 1925, vormittags 11 Uhr,

im Zimmer Nr. 9 statt.

Konkursforderungen sind bis zum 13. Juli 1925 **bei dem unterzeichneten Gerichte** anzumelden. Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen findet

am 11. September 1925, vormittags 11 Uhr,

im Zimmer Nr. 9 statt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 31. August 1925 Anzeige zu machen. 1102

Lübeck, den 25. Juli 1925.

Das Amtsgericht, Abt. 2.

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Lübeck, innere Stadt, Blatt 3127 auf den Namen des Schuhmachermeisters Wazlew **Sinkewitsch** in Lübeck eingetragene Grundstück, Böttcherstraße Nr. 27, groß 27 qm,

am Dienstag, dem 15. September 1925, vormittags 11 Uhr,

durch das unterzeichnete Gericht an Gerichtsstelle in Lübeck, Große Burgstraße Nr. 4, Zimmer Nr. 9, versteigert werden.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes, dem 9. Juli 1925, aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden. **Der Anmeldung bedürfen insbesondere die Ansprüche auf Zinsen, für welche der Zahlungstag zur Zeit der ersten Beschlagnahme des Grundstücks am 6. Juli 1925, bereits verstrichen war.**

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlages die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt. (1063

Lübeck, den 22. Juli 1925

Das Amtsgericht, Abteilung IV.

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Lübeck, St. Lorenz Blatt 471 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Kaufmannes und Fabrikanten **Julius** Joachim Hans Heinrich **Böttcher** in Lübeck eingetragene Grundstück Katharinenstraße Nr. 28a, groß 6 a 19 qm,

am Dienstag, dem 15. September, vorm. 11 Uhr

durch das unterzeichnete Gericht an Gerichtsstelle Zimmer Nr. 9, versteigert werden.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes am 17. Juli 1925 aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden. **Der Anmeldungen bedürfen insbesondere die Ansprüche auf Zinsen, für welche der Zahlungstag zur Zeit der ersten Beschlagnahme des Grundstücks, am 17. Juli 1925, bereits verstrichen war.**

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt. (1066

Lübeck, den 24. Juli 1925.

Das Amtsgericht, Abteilung III.

Kleingärten-Rückgabe

Kleingartenpächter der Finanzbehörde, die beabsichtigen, ihre Pachtparzellen nach erfolgter diesjähriger Aberntung zurückzugeben, werden hierdurch aufgefordert, dieses der Finanzbehörde spätestens bis zum 10. August ds. Js. anzuzeigen. Nach diesem Zeitpunkte eingehende Abmeldungen können für das Nutzungsjahr 1926 nicht mehr berücksichtigt werden. 1060 **Die Finanzbehörde.**

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Groß-Schretstaken, Blatt 11 auf den Namen des Holzhändlers **Hermann** Hans Joachim **Hamer** in Groß-Schretstaken eingetragene Grundstück Kätnerstelle, Artikel 11 der Mutterrolle, groß 4 ha 11 a 81 qm,

am Montag, dem 15. September 1925, vormittags 11 Uhr,

durch das unterzeichnete Gericht an Gerichtsstelle in Lübeck, Große Burgstraße Nr. 4, Zimmer Nr. 9, versteigert werden.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes am 13. Mai 1925 aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden. **Der Anmeldung bedürfen insbesondere die Ansprüche auf Zinsen, für welche der Zahlungstag zur Zeit der ersten Beschlagnahme des Grundstücks, am 12. Mai 1925, bereits verstrichen war.**

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Lübeck, den 22. Juli 1925.

1062) **Das Amtsgericht, Abteilung VI.**

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Lübeck, St. Lorenz, Blatt 1968 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Kaufmanns und Fabrikanten Julius Joachim Hans Heinrich **Böttcher** in Lübeck eingetragene Grundstück Katharinenstr. 23b groß 3 a 61 qm, **am Dienstag, d. 15. September, 1925, vormittags 11 Uhr,** durch das unterzeichnete Gericht an Gerichtsstelle in Lübeck, Große Burgstraße Nr. 4, Zimmer Nr. 9, versteigert werden.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes — am 17. Juli 1925 — aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden. **Der Anmeldung bedürfen insbesondere die Ansprüche auf Zinsen, für welche der Zahlungstag zur Zeit der ersten Beschlagnahme des Grundstücks, am 17. Juli 1925, bereits verstrichen war.**

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Lübeck, den 24. Juli 1925.

1065) **Das Amtsgericht, Abteilung III.**

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Lübeck, St. Jürgen, Blatt 2417 auf den Namen des Kaufmannes Bernhard Peter August **Glogner** in Lübeck eingetragene Grundstück, Plönniesstraße Nr. 9, groß 7 a 23 qm,

am Dienstag, dem 15. September 1925, vormittags 11 Uhr,

durch das unterzeichnete Gericht an Gerichtsstelle in Lübeck, Große Burgstraße Nr. 4, Zimmer Nr. 9, versteigert werden.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes dem 13. Juli 1925 aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden. **Der Anmeldung bedürfen insbesondere die Ansprüche auf Zinsen, für welche der Zahlungstag zur Zeit der ersten Beschlagnahme des Grundstücks am 6. Mai 1925, bereits verstrichen war.**

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlages die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt. (1064

Lübeck, den 22. Juli 1925

Das Amtsgericht, Abteilung III.

Wegen vorzunehmender Straßenbau-Arbeiten wird der Weg Wulfsdorf—Blankensee (Haltestelle) bis auf weiteres gesperrt. (1037

Lübeck, den 24. Juli 1925. **Die Wegebehörde.**

Nichtamtlicher Teil

Olga Hannemann
Hugo Hilscher
Verlobte
25. 7. 25. (1086

Heinrich Knoop
Dora Kähler
Verlobte (1074
den 26. 7. 1925
Schlutup Selmsdorf

Nach längerem Leiden entschlief heute morgen 8 Uhr unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester und Tante

Frau Minna Marzahl
geb. Zorn

im 80. Lebensjahre.

Tief betrauert von ihren Angehörigen.

Adolf Zorn und Frau,
geb. Marzahl, Kiel,
Dr. h. c. Ing. W. Kühn und Frau
geb. Marzahl, Frankfurt a. M.
nebst allen Verwandten.

Lübeck, d. 25. Juli 1925.
Hansastraße 23, I. (1103

Trauerfeier am Dienstag, d. 28. Juli, 9½ Uhr, in der Burgtor-Kapelle.

Am Donnerstag abend entschlief plötzlich und unerwartet mein lieber guter Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater, der frühere Gastwirt

Friedrich Lecke

im 72. Lebensjahre. In tiefer Trauer:

Johanna Leeke geb. Hannemann
August Kasch u. Frau Maria geb. Leeke
Hamburg-Fuhlsbüttel
Max Stein und Frau Frieda geb. Leeke
Geverdesstraße 5
nebst 3 Enkelkindern

Lübeck, den 24. Juli 1925.
Friedenstrasse 40, II

Beerdigung Dienstag, 28. Juli, 4¼ Uhr, Kapelle Vorwerk. (1096

S. P. D.
9. Distrikt

Am Freitag starb unser langjähriger Genosse

Fritz Leeke

Ehre seinem Andenken!

Beerdigung Dienstag nachmittag 4¼ Uhr von der Kapelle Vorwerk

Der Vorstand (1080

Reichsbanner Lübeck

Am Freitag ist unser alter Veteran

Fritz Leeke

verstorben.

Ehre seinem Andenken.

Die Beisetzung findet am Dienstag, nachmittags 4¼ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.

Alle Kameraden haben zu erscheinen.

Antreten 4 Uhr beim Feldkrug, Friedhofsallee. (1081

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Lübeck.

Am 24. Juli verstarb unser ältestes Mitglied, (1100
der Tischler

Fr. Leeke

Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.

Beerdigung Dienstag, dem 28. Juli, nachm. 4¼ Uhr, Vorwerker Friedhof.

Die Ortsverwaltung.

Sechs-Zimmerwohnung

mit vollem Zubehör im Neubau Nähe Stadtpark, bezugsfertig 1. November 1925 gegen Hergabe einer Hypothek zu vermieten. (1092
Angeb. u. L K 1183 an **Ala Haasenstein & Vogler A.-G., Lübeck.**

Sopha, Tisch, 4 Stühle zu verkaufen (1085
Fischergrube 44/3

Z. tauschen ges. 1—2-Zimmerwohn. part. an ältere Leute geg. gleiche, Hüxter- oder Mühlentor bevorz. Kronsford. Allee 96a, I. 1079

Zu verk. **1 Kachelherd** auf Abbruch. Jacobstr. 1 (Ecke Karpfenstr.) 1082

Chaisel. Matratze. Sofa billig. Engelsgrube 49

auch **wissenschaftlich anerkannt.**

Bestimmt zu haben bei:

Fortuna-Drogerie, Georg Knoop, Lübeck, Moislinger Allee 6a, Fernsprecher 2375,

Drogen-, Farben- u. Parfümeriehandlung Aug. Prösch, Lübeck, Mühlenstraße 29, Fernruf 1941.

A. Plöttner, Theissen
Chemische Fabrik. (1086

Blocksäger möglichst gelernter Stellmacher, gewissenhafter Arbeiter, perfekt im richtigen Sägeschärfen. Antritt sofort oder später. Angebote unter **H 174** an die Exp. ds. Bl. (1078

Plötzlich und unerwartet starb heute mein lieber guter Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater

Johann Wilms

im 63. Lebensjahre

Tief betrauert und schmerzlich vermißt

Sophie Wilms
geb. **Burmester**
und Kinder

Lübeck, 24. 7. 1925
Krähenstr. 30/4

Beerdigung Mittwoch, den 29. Juli, 2½ Uhr, Kapelle Vorwerk (1097

Zigarren
eigenes Fabrikat
nur gute Tabake
C. Wittfoot
Obere Hüxstrasse 18

Sozialistische Klassiker

*

Ferdinand Lassalle

Auswahl von Reden und Schriften nebst kurzer Biographie und geschichtlicher Einführung von Dr. **Karl Renner** geb. **8 Mark**

*

August Bebel
Der Mann und sein Werk
von **Franz Klüß** geb. **6 Mark**

Buchhandlung
„Lübecker Volksbote"
Johannisstr. 46

Dam.-Fahrrad preisw. z. verkf. **A. Jäger, Fackenburg,** Segebergerstraße 77, R.-Wkst. (1099

Gute Milchziege zu kaufen gesucht (1084
W. Sager, Gärtnergasse 88

Z. kauf. ges. e. 2- od. 3flamm. Petr.-Kochmasch. Ang. u. **H 175** a. d. Exp.

Klein. Zwergpinscher

(schwarz mit braun, mit Steuermarke Nr. 3948) entlaufen. Abzug. gegen Belohn. **Carl Burmester,** Pfaffenstr. 6 oder Fundbureau Polizeiamt. (1101

Vor Ankauf wird gewarnt!

333
4 M. an.
585
8 M. an
Garantie-Wecker 4 Mk.
800 Silber — 90 gest.
Alpaka-Bestecke.
H. Schultz, Uhrmacher,
20 Johannisstraße 20

Hansa-Theater * Lübeck

Ab **Sonntag, den 26. Juli u. folgende Tage,** abends 8 Uhr,

Lübeck, wie es weint und lacht

die große Lokal-
Revue

40 Mitwirkende 1104

1. Bild im Himmel
2. „ am Travemünder Strand
3. „ Lübecker Ratsweinkeller
4. „ Lübecker Marktplatz

Kassenöffnung von 11—1 Uhr und ab 6 Uhr

NBL
Notgemeinschaft für Bestattungen zu Lübeck e. V.

Erdbestattung
Feuerbestattung

nach den Richtlinien des **Vereins ohne Nachzahlung**
einschließlich Lieferung eines Grabsteines (1044

Neuaufnahmen
für ganze Familien und Einzelpersonen

Geschäftsstelle
Hundestraße 49/51
vormittags 9—12 Uhr
nachmittags 3—5 Uhr

Alle Wünsche der Auftraggeber

werden berücksichtigt und letztwillige Verfügungen gewissenhaft ausgeführt.

Lübecker Volksbote

2. Beilage — Sonnabend, 25. Juli 1925 — Nummer 171

Entwurf des sozialdemokratischen Parteiprogramms.

Die vom Nürnberger Einigungsparteitag eingesetzte Programmkommission hat den Entwurf eines Parteiprogramms fertiggestellt. Sie unterbreitet ihn hiermit der Kritik der Parteigenossen.

Die ökonomische Entwicklung hat mit innerer Gesetzmäßigkeit zum Erstarken des kapitalistischen Großbetriebes geführt, der in Industrie, im Handel und Verkehr immer mehr den Kleinbetrieb zurückdrängt und seine soziale Bedeutung verringert. Gleichzeitig wächst die industrielle Bevölkerung ständig im Verhältnis zur landwirtschaftlichen. Der Siegeszug des Kapitals hat die Massen der Produzenten von dem Eigentum an ihren Produktionsmitteln getrennt und den Arbeiter in einen besitzlosen Proletarier verwandelt. Die ökonomisch entscheidenden Produktionsmittel sind zum Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten geworden, die damit die wirtschaftliche Herrschaft über die Gesellschaft erhalten.

Zugleich wächst mit dem Vordringen der Großbetriebe in der Wirtschaft, mit der Zunahme der Verwaltungs- und Erziehungstätigkeit im Staat und in der Gemeinde Zahl und Bedeutung der Angestellten, Beamten und Intellektuellen jeder Art. Sie üben in dem vergesellschafteten Arbeitsprozeß die Leitungs-, Ueberwachungs-, Organisations- und Verteilungsfunktionen aus. Mit dem Anwachsen ihrer Zahl verlieren sie immer mehr ihre bisherige privilegierte Stellung und ihre Interessen stimmen in steigendem Maße mit denen der übrigen Arbeiterschaft überein.

Hand in Hand mit der Monopolisierung der Produktionsmittel geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber Großkapital und Großgrundbesitz suchen die Ergebnisse des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses für sich zu monopolisieren. Nicht nur den Proletariern, sondern auch den Mittelschichten wird der volle Anteil an dem materiellen und kulturellen Fortschritt, den die gesteigerten Produktionskräfte ermöglichen, vorenthalten.

Ununterbrochen sind im Kapitalismus Tendenzen wirksam, die arbeitenden Schichten in ihrer Lebenshaltung zu drücken. Nur durch steten Kampf ist es ihnen möglich, sich vor zunehmender Erniedrigung zu bewahren. Dazu gesellt sich hochgradige Unsicherheit der Existenz, die stets drohende Arbeitslosigkeit. Diese wird besonders qualvoll und erbitternd in Zeiten der Krisen, die jedem wirtschaftlichen Aufschwung folgen und in der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise begründet sind.

Das kapitalistische Monopolstreben führt zur Zusammenfassung von Industriezweigen, zur Kombination aufeinander folgender Produktionsstufen und zur Organisation der Wirtschaft in Kartelle und Trusts. Dieser Prozeß schweißt Industriekapital, Handelskapital und Bankkapital zum Finanzkapital zusammen.

Einzelne Kapitalistengruppen werden so zu übermächtigen Beherrschern der Wirtschaft und suchen nicht nur die Lohnarbeiter, sondern die ganze Gesellschaft in ihre ökonomische Abhängigkeit zu bringen.

Mit der Zunahme seines Einflusses benutzt das Finanzkapital die Staatsmacht zur Beherrschung auswärtiger Gebiete als Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Stätten für Kapitalsanlagen. Dieses imperialistische Machtstreben bedroht die Gesellschaft ständig mit Konflikten und mit Kriegsgefahr. Doch mit dem Druck und den Gefahren des Hochkapitalismus steigt auch der Widerstand der stets wachsenden Arbeiterklasse, die durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktiosprozesses selbst, sowie durch stete Arbeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei vereint, geschult und organisiert wird. Indem die Arbeiterklasse für ihre eigene Befreiung kämpft, vertritt sie das Gesamtinteresse der Gesellschaft gegenüber dem kapitalistischen Monopol. Eine gewaltig erstarkte Arbeiterbewegung, groß geworden durch die opferreiche Arbeit von Generationen, stellt sich dem Kapitalismus als ebenbürtiger Gegner gegenüber. Mächtiger denn je ersteht der Wille, das kapitalistische System zu überwinden und durch internationalen Zusammenschluß des Proletariats, durch Schaffung einer internationalen Rechtsordnung, eines wahren Bundes gleichberechtigter Völker, die Menschheit vor kriegerischer Vernichtung zu schützen.

Das Ziel der Arbeiterklasse kann nur erreicht werden durch die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen und Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum. Die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion wird bewirken, daß die Entfaltung und Steigerung der Produktionskräfte zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger Vervollkommnung wird. Dann erst wird die Gesellschaft aus der Unterwerfung unter blinde Wirtschaftsmacht und aus allgemeiner Zerrissenheit zu freier Selbstverwaltung in harmonischer Solidarität emporsteigen.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Der proletarische Befreiungskampf ist ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich der internationalen Solidarität des Proletariats wohl bewußt und entschlossen, alle Pflichten zu erfüllen, die ihr daraus erwachsen. Diese Pflichten sind aufs innigste verknüpft mit den Pflichten der Sozialdemokratie eines jeden Landes gegenüber dem eigenen Volke. Dauernde Wohlfahrt der Nationen ist heute nur erreichbar durch ihr solidarisches Zusammenwirken.

Den Befreiungskampf der Arbeiterklasse, den politischen, den gewerkschaftlichen, den genossenschaftlichen Kampf zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein notwendiges Ziel zu weisen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von dieser Anschauung ausgehend bekämpft sie nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Die Ziele der Sozialdemokratischen Partei werden erreicht durch ständigen Ringen und Wirken auf politischem, sozialem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet, besonders durch die Verwirklichung folgender Forderungen:

Verfassung.

In der Erkenntnis, daß die demokratische Republik den weitesten Spielraum für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und damit für die Verwirklichung des Sozialismus gibt, schützt die Sozialdemokratische Partei die Republik und tritt für deren Ausbau ein durch:

Umwandlung des Reichs in einen Einheitsstaat auf Grundlage der dezentralisierten Selbstverwaltung.

Auf dem organisch, nach wirtschaftlichen Zusammenhängen gegliederten Unterbau der Länder und Gemeinden erhebt sich eine starke Reichsgewalt, die in Gesetz und Verwaltung alle staatlichen Befugnisse besitzt.

Ausdehnung der unmittelbaren Reichsverwaltung auf die Justiz: Alle Gerichte werden Gerichte des Reiches. Für die Sicherheitspolizei sind im Wege der Gesetzgebung einheitliche Grundsätze aufzustellen. Die Reichskriminalpolizei wird ein Organ des Reiches.

Erlaß des zum Artikel 48 der Reichsverfassung vorgesehenen Ausführungsgesetzes mit der Maßgabe, daß die Vollzugsgewalt nicht auf einen Militärbefehlshaber übertragen werden darf.

Abwehr aller monarchistischen und militaristischen Bestrebungen. Umgestaltung der Reichswehr zu einem zuverlässigen Organ der Republik.

Die Vermögensauseinandersetzung mit den ehemaligen landesfürstlichen Familien ist reichsgesetzlich für alle Länder zu regeln. Das liegende Eigentum dieser Familien — z. B. Schlösser, Museen, Güter, Forsten — ist grundsätzlich für öffentliches Eigentum zu erklären. Art und Höhe der zu gewährenden Entschädigung wird unter Ausschluß des Rechtsweges im Gesetzeswege bestimmt.

Vollständige Verwirklichung der verfassungsmäßigen Gleichstellung aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft, der Religion und des Besitzes.

Verwaltung.

Ziel der sozialdemokratischen Verwaltungspolitik ist die Ersetzung der aus dem Obrigkeitsstaat überkommenen polizeistaatlichen Exekutive durch eine Verwaltungsorganisation, die das Volk auf Grundlage der demokratischen Selbstverwaltung zum unmittelbaren Träger der Verwaltung macht:

Reichsgesetzliche Vereinheitlichung der Länderverwaltung.

Schaffung eines auf sozialrechtlicher Grundlage beruhenden Dienstrechts für die Beamten und Angestellten aller öffentlichen Körperschaften.

Die Grundsätze der Verwaltung bestimmt das Reich. Die Durchführung obliegt den Selbstverwaltungskörpern, soweit es sich nicht um Angelegenheiten handelt, die wegen ihrer zentralen Natur der unmittelbaren Verwaltung durch das Reich bedürfen.

Den örtlichen und provinzialen Besonderheiten ist im Wege der Rahmengesetzgebung Spielraum zu lassen.

Aus diesen Grundgedanken ergeben sich folgende weitere Forderungen:

1. Durch Schaffung eines reichsgesetzlichen Landesverwaltungsgesetzes ist für alle Länder Gliederung und Zuständigkeit der staatlichen Verwaltungsbezirke und der Verwaltungsorgane gleichmäßig zu regeln.

2. Eine Reichsgemeindeordnung hat für Gemeinden und Gemeindeverbände — Landgemeinden, Städte, Kreise, Provinzen — einheitliches Recht zu schaffen. Das Einkammersystem ist für alle Selbstverwaltungskörper durchzuführen. Die Wahl der Bürgermeister ist auf Zeit festzusetzen. Für Fragen von allgemeinem öffentlichen Interesse sind Initiative und Volksabstimmung in den Gemeinden einzuführen.

3. Die Rechtskontrolle über die Verwaltung, insbesondere der Schutz des Staatsbürgers gegen die in seine Rechtssphäre eingreifenden Verwaltungsakte, ist durch unabhängige im Instanzenwege gegliederte Verwaltungsgerichte zu gewährleisten. Das in der Reichsverfassung vorgesehene Reichsverwaltungsgericht hat gleichzeitig die Aufgabe eines obersten Verwaltungsgerichts in allen Landessachen.

4. Durch ein Reichskommunalisierungs- und ein Reichsenteignungsgesetz sind den Gemeinden und Gemeindeverbänden die für die Durchführung und Ausdehnung der kommunalen Gemeinwirtschaft erforderlichen Befugnisse und Machtmittel einzuräumen. Die Form der Verwaltung ist so zu gestalten, daß einerseits die Betriebe in ihrer Wirtschaftsführung von bureaukratischen Fesseln befreit werden, andererseits aber das unbeschränkte Bestimmungsrecht der öffentlichen Körperschaften gewahrt bleibt.

5. Für alle — männliche wie weibliche — Beamten und Angestellten der öffentlichen Körperschaften ist ein einheitliches Dienstrecht zu schaffen, das Auswahl, Stellung, Beförderung, Interessenvertretung und Schutz nach demokratischen und sozialen Gesichtspunkten ordnet.

Justiz.

Die Sozialdemokratische Partei bekämpft jede Klassen- und Parteijustiz und tritt ein für eine mit sozialem Geiste erfüllte Rechtsordnung und Rechtspflege unter entscheidender Mitwirkung gewählter Laienrichter in allen Zweigen und auf allen Stufen der Justiz.

Insbesondere fordert die Partei:

Im bürgerlichen Recht Unterordnung des Vermögensrechtes unter das Recht der sozialen Gemeinschaft. Erleichterung der Ehescheidung, Gleichstellung der Frau mit dem Manne, Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelichen.

Im Strafrecht größeren Schutz der Person und der sozialen Rechte, Ersetzung des Vergeltungsprinzips durch das Prinzip der Erziehung des einzelnen und des Schutzes der Gesellschaft. Abschaffung der Todesstrafe.

Im Strafprozeß Wiederherstellung der Schwurgerichte und Ausdehnung ihrer Zuständigkeit insbesondere auf politische und Preßvergehen, Zulassung der Berufung in allen Strafsachen, Beseitigung aller die Verteidigung beeinträchtigenden Bestimmungen.

Im Strafvollzug reichsgesetzliche Regelung im Geiste der Humanität und der Erziehungsprinzipien.

Sozialpolitik.

Schutz der Arbeitskraft und Hebung der Lebenshaltung der breiten Massen erfordern:

Sicherung des Koalitionsrechtes.

Die Erledigung von Notstandsarbeiten, die sich infolge von Lohnkämpfen ergeben, ist ausschließlich den Gewerkschaften zu überlassen.

Gesetzliche Festlegung eines Arbeitstages von höchstens acht Stunden, die Verkürzung dieser Arbeitszeit für Jugendliche und in Betrieben mit erhöhten Gefahren für Gesundheit und Leben.

Aeußerste Einschränkung der Nachtarbeit.

Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche, der Arbeit von Frauen und Jugendlichen in besonders gesundheitsschädlichen Betrieben sowie an Maschinen mit besonderer Unfallgefahr, jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder.

Ueberwachung aller Betriebe und Unternehmungen unter Heranziehung von Vertrauenspersonen der Angestellten, Arbeiter und Arbeiterinnen.

Eine wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von mindestens 42 Stunden.

Jährlicher Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes.

Unterstützung aller Bestrebungen zur Beseitigung der Uebelstände der Heimarbeit und ihre Aufhebung unter weitgehender Fürsorge für die hierdurch Betroffenen.

Ausreichende Fürsorge für Arbeitsunfähige und Erwerbslose.

Umbau der sozialen Versicherung zu einer allgemeinen Volksfürsorge.

Allgemeines Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit.

Sicherung der Rechtsgültigkeit der Tarifverträge und Hilfeleistung bei ihrem Abschluß durch die Schlichtungsbehörden.

Ausgestaltung des Betriebsrätesystems zur Durchführung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiterklasse an der Organisation der Wirtschaft unter Aufrechterhaltung des engen Zusammenschlusses mit den Gewerkschaften.

Sicherung und Ausbau der sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Beamten.

Arbeitsgerichte, die unabhängig sind von der ordentlichen Gerichtsbarkeit.

Förderung der internationalen Gesetzgebung.

Zusammenfassung der sozialpolitischen Gesetzgebung in einem einheitlichen Arbeitsgesetzbuch.

Kultur- und Schulpolitik.

Die Sozialdemokratie erstrebt die schöpferische Gestaltung der Kultur aus den gesamten Lebensfunktionen der Gesellschaft heraus als Ausdruck der solidarischen Verbundenheit ihrer Glieder.

Zur Erreichung dieses Zieles fordert die Sozialdemokratische Partei:

Aufhebung des Bildungsprivilegs der Besitzenden.

Erziehung, Schulung und Forschung sind öffentliche Angelegenheiten; ihre Durchführung ist durch öffentliche Mittel und Einrichtungen sicherzustellen (Unentgeltlichkeit der Teilnahme, Unentgeltlichkeit der Lern- und Lehrmittel, wirtschaftliche Versorgung).

Die öffentlichen Einrichtungen für Erziehung, Schulung, Bildung und Forschung sind weltlich. Jede öffentlich-rechtliche Einflußnahme von Kirche, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auf diese Einrichtungen ist zu bekämpfen (Trennung von Staat und Kirche, Trennung von Schule und Kirche, weltliche Volks-, Berufs- und Hochschulen).

Einheitlicher Aufbau des Schulwesens, Herstellung engster Beziehungen zwischen Werkarbeit und geistiger Arbeit auf allen Stufen.

Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter.

Einheitliche Lehrerbildung auf Hochschulen.

Finanzen und Steuern.

Auf dem Gebiet der Finanz- und Steuerpolitik erstrebt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands eine grundlegende, umfassende Finanzreform, die auf dem Prinzip der Quellenbesteuerung und der Lastenverteilung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufgebaut ist.

Sie fordert deshalb:

Weiterbildung der Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer.

Erbrecht des Reiches außer für Gatten und Kinder, Pflichtteil des Reiches, abgestuft nach der Zahl der Erben.

Gleichmäßige und einheitliche Steuerveranlagung mit Offenlegung der Steuerlisten. Wirksame Verfolgung der Steuerhinterziehung insbesondere durch obligatorische Buchführung.

Steuerfreiheit für ein soziales Existenzminimum. Stärkste Schonung des Massenverbrauchs. Beseitigung der Umsatzsteuer.

Beteiligung der öffentlichen Gewalten an den kapitalistischen Erwerbsunternehmungen.

Wirtschaftspolitik.

Im Kampf gegen das kapitalistische Monopolstreben und gegen die kapitalistische Verelendungstendenzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Grund und Boden, Bodenschätze und natürliche Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Gemeinschaft zu überführen.

Kontrolle des Reichs über die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts.

Förderung der Produktionssteigerung in Industrie und Landwirtschaft.

Förderung des Siedlungswesens.

Abbau des Schutzzollsystems durch langfristige Handelsverträge zur Herstellung des freien Güteraustauschs und des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Nationen.

Ausbau der Betriebe des Reichs, der Länder und der öffentlichen Körperschaften unter Vermeidung der Bureaukratisierung.

Förderung der nicht auf Erzielung eines Profits gerichteten Genossenschaften.

Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues, Bekämpfung des Bauwuchers.

Internationale Politik.

Als Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Internationale führt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands mit den Arbeitern aller Länder den Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus.

Die Sozialdemokratie tritt mit aller Kraft allen Versuchen entgegen, die die Gegensätze zwischen den Völkern zu verschärfen und den Frieden zu gefährden drohen.

Sie fordert die friedliche Lösung internationaler Konflikte und deren Austragung vor unparteiischen Schiedsgerichten.

Sie bekämpft die Vergewaltigung fremder Völker wie nationaler und religiöser Minderheiten.

Sie tritt ein für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für das Recht der Minderheiten auf demokratische und nationale Selbstverwaltung.

Sie widersetzt sich der Ausbeutung der Kolonialvölker, der gewaltsamen Zerstörung ihrer Wirtschaftsformen und Kultur.

Sie tritt ein für den freien Güteraustausch und für die Freizügigkeit.

Sie will die internationale Abrüstung.

Sie tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen und zur Selbstbehauptung des europäischen Kontinents zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, um zur Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, zu höherer Lebenshaltung und zu gesteigerten Teilnahme an den Gütern der Kultur und damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen.

Im Schoße der Sozialistischen Arbeiter-Internationale wirkt die SPD. für ein solidarisches Zusammenarbeiten des internationalen sozialistischen Proletariats durch internationale Aktionen als Kampfesmittel gegen imperialistische und kapitalistische Vorstöße.

Friede und Freundschaft zwischen den Völkern und ihre gemeinsame Betätigung zur Wohlfahrt der Menschheit sind nur zu erreichen durch einen wahrhaftigen Völkerbund.

Der Völkerbund muß für alle Nationen offen, er muß eine Vertretung der Völker, nicht der Regierungen sein.

*

Die Forderungen des sozialdemokratischen Progromms müssen zur Grundlage des gemeinsamen Kampfes aller von sozialistischem Geist erfüllten Organisationen werden.

Für unsere Frauen

Beilage zum Lübecker Volksboten

Ich liebe dich . . .

Nicht weil es Sommer, bin ich so durchsonnt, —
es ist etwas in mir, ein heller Glanz von Wissen;
ich fühl mich schwebend über Düsternissen —
Nicht weil es Sommer, fühl ich mich durchsonnt.

Nicht weil ich kämpfte, fühl' ich mich so stark,
es pulst ein Wollen durch mein ganzes Streben;
ich fühle neuen Glauben in mir leben —
Und da ich glaube, fühl' ich mich so stark.

Nicht daß ich glaube, fühl ich mich so froh, —
ich bin und lebe und — dies ist's: ich liebe . . .
Ich liebe dich — und wenn mir sonst nichts bliebe —
ich liebe dich, und sich — so bin ich froh.

Julius Zerfaß.

Vom Güterrecht der Ehefrau.

Das Idealsystem, das wohl fast allen Eheschließenden vorschwebt, ist die Gütergemeinschaft. Unter bestimmten Voraussetzungen würde sie auch tatsächlich die idealste Lösung des ehelichen Zusammenlebens bieten. Sie müßte dann nicht nur Eigentums- und Verwaltungsgemeinschaft sein, sondern auch die Verfügungsgemeinschaft beider Gatten bedeuten. Dabei wäre aber Voraussetzung ein hoher Grad von Charakter und Vertrauenswürdigkeit beider Gatten. Da diese Voraussetzung nicht immer zutrifft, ist Vorsicht geboten. Heute bedeutet Gütergemeinschaft, wie das Gesetz sie auffaßt, daß auch die Substanz des von der Frau eingebrachten Gutes und ihr Arbeitsverdienst allein der Verfügungsgewalt des Mannes untersteht. Nur bei Schenkungen oder Verfügung über das Gesamtgut ist er an die Zustimmung der Frau gebunden. Die Frau darf wohl bei Krankheit oder Abwesenheit des Mannes Rechtsgeschäfte vornehmen, aber im Falle seiner Geschäftsunfähigkeit wird sein Recht nicht von der Frau, sondern von einem Vormund ausgeübt. Der Mann ist auch der Frau nicht für eine — selbst durch schweres Verschulden herbeigeführte — Schädigung ihres Gesamtgutes verantwortlich, außer wenn die Absicht einer Schädigung nachgewiesen werden kann. Eine Aufhebung der Gütergemeinschaft kann die Frau nur bei starker Ueberschuldung oder bei Entmündigung des Mannes wegen Verschwendung durchsetzen. Bei der Forderung der Gütertrennung wies seinerzeit Freiherr v. Thum darauf hin, daß „das Gesetz die Frau nicht sowohl durch wie vor dem Manne schützen müsse." Er meinte auch mit Recht, daß es für den Vater, der seiner Tochter etwas hinterläßt, ein tief demütigendes Gefühl sein müsse, wenn sie sich den Ertrag aus dem Vermögen erst erbetteln müsse. Dem steht der andere Standpunkt gegenüber, daß ein Vater, der seiner Tochter einem Gatten übergibt, diesem auch soviel Vertrauen schenken müsse, daß er ihm die Verwaltung ihrer Mitgift oder ihres Erbes anvertraut. Kein Vater aber kann vorher wissen, ob seine Tochter in ihrer Ehe glücklich wird, und welche Konflikte in ihrem Eheleben entstehen können.

Dauernde finanzielle Abhängigkeit macht immer unfrei und unselbständig. Die neue Zeit mit ihrer Forderung der Gleichberechtigung der Geschlechter fordert auch in der Ehe die Gleichberechtigung, d. h. Freiheit und Selbständigkeit auch für die Ehefrau. Dahin gelangt man umso leichter, je geregelter die äußeren Formen sind. Viele Reibungsflächen würden fortfallen, wenn der standesgemäße Unterhalt dahin präzisiert würde, daß ein bestimmter Prozentsatz des gemeinsamen Einkommens als Wirtschaftsgeld vereinbart wird. Darüber hinaus aber sollte die Frau, falls sie keine anderen Einkünfte hat, Anspruch auf einen bestimmten Prozentsatz des Einkommens zu ihrer persönlichen freien Verfügung erhalten. Damit wäre auch den Leistungen der Frau im Haushalt und als Mutter Rechnung getragen, die nicht in der Lage ist, einem bezahlten Beruf nachzugehen. Diese Leistungen, als unbezahlte Arbeit, werden im öffentlichen Bewußtsein trotz mancher romantischer Verherrlichung immer noch stark unterschätzt.

Im Bürgerlichen Gesetzbuch steht für den Ehevertrag auch die sogenannte „Errungenschaftsgemeinschaft". Sie bedeutet gleichen Anteil beider Ehegatten an dem in der Ehe erworbenen und ersparten Vermögen. Die Errungenschaftsgemeinschaft hat gewisse Vorteile für die Ehefrau und ist daher vielfach üblich. Sie hat jedoch große Nachteile, falls es etwa einmal zur Ehescheidung kommt. Dann hat nämlich die Frau keinen Anspruch auf das in der Ehe erworbene und ersparte Vermögen, selbst wenn sie durch ihre Tätigkeit im Geschäfte des Mannes oder auch durch ihre sparsame Führung des Haushaltes viel zur Vergrößerung des Besitzes beigetragen hat. Durch den gesetzlichen Anteil der Frau am gemeinsamen Einkommen für die Führung des Haushalts und ihre persönlichen Bedürfnisse wäre dagegen auch der Mann am besten vor Verschwendungssucht und unberechtigten Ansprüchen der Frau geschützt. Bei Gütertrennung sieht § 1627 BGB. vor, daß die Ehefrau aus den Einkünften ihres Vermögens und aus dem Ertrag ihrer Arbeit zu den gemeinsamen Aufwendungen beiträgt.

Die Forderung der Schließung eines Ehevertrages stammt übrigens nicht erst aus unserer Zeit. Schon Fichte stellt sie wiederholt. Auch von einer Frau wurde sie bereits im Anfang des 19. Jahrhunderts erhoben, der berühmten Dorothea Schlözer-Rodde, die als erste Frau in Deutschland den Doktortitel der Philosophie erworben hat. Aus eigener trauriger Erbeerfahrung heraus forderte sie für ihre Töchter, „wenn sie heiraten, nicht in eine allgemeine eheliche Gütergemeinschaft zu treten, sondern vor Eingehung der Ehe Ehekontrakte zu errichten". Es ist bedauerlich, daß solche Erkenntnis auch heute nur zu häufig erst dann kommt, wenn es zu spät ist. An Aufklärung und Aufrüttelung der Gleichgültigen kann daher gar nicht genug geschehen.

Anna Blos-Stuttgart.

Frauenüberschuß.

Bei der Volks- und Berufszählung am 1. Juni dieses Jahres ergab sich, daß der Frauenüberschuß in Deutschland seit Kriegsende bereits wieder zurückgegangen ist. In Deutschland (ohne Saargebiet) gab es mehr weibliche Einwohner als männliche:

im Jahre 1925	1,9 Millionen
im Jahre 1919	2,8 Millionen
im Jahre 1910	0,8 Millionen

Der Frauenüberschuß vom Jahre 1919 entspricht im Vergleich zu dem vom Jahre 1913 ungefähr gerade unserem Kriegsverlust von zwei Millionen Männern. Heute ist die Verschiebung in der Zahl beider Geschlechter zu einem Teil schon wieder ausgeglichen. Wir nähern uns wieder dem Verhältnis der Vorkriegszeit.

Auf je 1000 männliche Einwohner kamen Frauen:

1910	1029
1919	1100
1925	1071

In Großbritannien kommen auf 1000 Männer 1093 Frauen und im europäischen Rußland 1211. Geringer ist der Frauenüberschuß in neutralen Ländern: Dänemark 1049, Schweden 1037, Niederlande 1013. Von einem Männerüberschuß wird berichtet aus Irland (16 pro tausend Frauen) und aus Rumänien 15.

In den Jahrzehnten vor dem Weltkrieg ist in Deutschland der Frauenüberschuß ständig zurückgegangen. 1882 kamen auf tausend Männer 1042 Frauen, 1914 nur noch 1026,4.

Der Frauenüberschuß wird häufig als Ursache zunehmender Frauenerwerbsarbeit (verringerte Heiratsmöglichkeit) bezeichnet. Sicher ist das nicht in dem Maße berechtigt, wie allgemein angenommen wird. Man stellt sich nämlich nur zu leicht beim Vergleichen der Einwohnerzahlen beider Geschlechter alle Menschen als in den mittleren Lebensjahren befindlich vor und vergißt, bei seinen Betrachtungen die Altersgliederung der Bevölkerung zu berücksichtigen. Bei der letzten gründlichen Volkszählung vor dem Krieg, im Jahre 1907 zeigte sich, daß trotz des auch damals bestehenden Frauenüberschusses in den Altersgruppen bis zum 40. Lebensjahre die Zahl der Männer größer war, wie die der Frauen. Erst vom 50. Jahre ab überwog die Zahl der Frauen bedeutend. Es handelte sich dabei zu einem großen Teil um Witwen.

Man wird bei der Beurteilung des im Juni dieses Jahres ermittelten Frauenüberschusses auch erst die Ergebnisse der Altersstatistik der Bevölkerung abwarten müssen, ehe man Schlüsse daraus ziehen kann.

A. G.

Die Behandlung der Kindermilch im Sommer. An heißen Sommertagen, mit denen wir ja gerade in diesem Jahre wieder so reich gesegnet sind, kann man gar nicht vorsichtig genug mit der für kleine Kinder bestimmten Milch umgehen, um sie vor dem Säuern zu bewahren. Sauer gewordene Milch ist die Ursache der meisten Darmerkrankungen kleiner Kinder, die nur zu oft den Tod bringen. Die frische Milch ist möglichst vor langen Wegen in der Sommerhitze zu bewahren. Es ist notwendig, die ins Haus geholte Milch sofort abzukochen und zwei bis drei Minuten lang kochen oder zwei- bis dreimal gut aufwellen zu lassen und sie dann in einem irdenen Topf, den man mit einem Teller zudecken kann und in kühles Wasser stellt, an einem möglichst kühlen Orte aufzubewahren. Das Wasser, in dem die Milch steht, muß einige Male am Tage erneuert werden. Wer am Morgen und am Abend frische Milch erhalten kann, lasse sich die Mühe und die geringen Kosten des Aufkochens nicht verdrießen; wer nur einmal am Tage frische Milch erhalten kann, gebe lieber am Morgen des folgenden Tages eine Flaschenmahlzeit, die aus gekochtem Schleim von Hafer oder Grütze ohne Milchzusatz besteht. Vor jeder Zubereitung einer Flasche für das Kind prüfe man die Milch auf ihre Güte, denn an schwülen Tagen verdirbt auch die abgekochte und kühl stehende Milch oft in wenigen Stunden. Die gleiche Bedingung gilt auch für den Schleimzusatz zur Milch, den man genau so aufhebt, auch mindestens zweimal am Tage (morgens und abends) frisch kochen und vor jeder Bereitung einer Flasche kosten muß.

L. M.

Die Frau als Prokuristin. Waren in den Jahren vor dem Kriege Frauen in leitender Stellung, Frauen als Vorgesetzte von Männern nur selten anzutreffen, so hat sich das in den Kriegs- und Nachkriegsjahren sehr geändert. Die Zahl der Frauen in solchen Stellungen hat sicher außerordentlich zugenommen. Als ein Symptom dafür kann man ansehen, daß im Zentral-Handelsregister allein im März dieses Jahres 97, und im April 78 Frauen als Prokuristen eingetragen wurden. Ehefrauen, die Prokura im Geschäft ihres Mannes erhielten, sind in diesen Zahlen nicht einbegriffen. Als Geschäftsführerin von Gesellschaften wurden in der gleichen Zeit 37 bezw. 24 Frauen eingetragen. — Es wird interessant sein, zu erfahren, wie bei der vor wenigen Wochen erfolgten Berufszählung die Aenderung der sozialen Stellung vieler Frauen zum Ausdruck kommt.

Mutterglück.

Heut im Vorübergehen,
Im Stadtgedränge und Gewirr,
Auf einer Promenade
Sah ich ein Prachtgeschirr.
Auf Gummirädern rollte
Die Equipage weich,
Lakai und Kutscher thronten
Einem ehernen Bilde gleich.

Die Morgensonne schien blendend
Im losen Sommerwind;
Im offenen Wagen saßen
Die Mutter und ihr Kind.
Die Mutter bog sich selig
Zu ihrem Liebling vor,
Das lockenlustige Mädel
Streckte lachend die Aermchen empor.

Am selben Tage ging ich
Weit draußen vor der Stadt,
Vom Menschengewimmel genesen,
Ich war der Unruh satt.
Da kam mir zwischen den Gärten
Ein Wägelchen in Schau
Eine rollende Kinderkarre
Vor einer Arbeiterfrau.

Die Sonne flimmerte schläfrig
Im linden Abendwind;
Die Mutter schob die Karre,
Den Kutscher spielte das Kind.
Die Mutter bog sich selig
Zu ihrem Liebling vor,
Das lockenlustige Mädel
Streckte lachend die Aermchen empor.

Detlev v. Liliencron.

(Gestorben am 22. Juli 1909 in Alt-Rahlstedt.)

Die Weltmutter.

Autorisierte Uebersetzung nach Charlotte Perkins Gilman von Adele Schreiber.

Ich saß am Bettchen meines Jungen. Rosig und gesund schlummernd lag der Einjährige vor mir. War's nicht erst gestern, daß er so winzig und hilflos zur Welt gekommen?

Und in einer Zeitspanne, die wieder kaum ein Tag schien, würde ein kräftiger Knabe, ein stattlicher Jüngling, ein erwachsener Mann vor mir stehen — und mein Kleines blieb für immer verschwunden!

Ich gedachte all der anderen Mütter, deren Kinder ihnen bei Tag und Nacht entglitten, wachsend und vorwärts drängend. O, wie liebten wir Mütter all unsere kleinen Kinder und konnten sie doch nicht so behalten! Millionen Kleiner auf der ganzen Welt erstanden vor meinen Augen, weiße, schwarze, gelbe, braune, alle geboren und geliebt von Millionen Müttern. Sie knospen in die Welt, blühten überall, jede Stunde, jede Minute, jede Sekunde. Ueber die ganze Erde brach Menschenleben hervor aus diesen Menschenknospen, in kurzen Wochen, Monaten, Jahren nahmen die Knospen neue Gestalt an, wurden sie zu Knaben und Mädchen, Männern und Frauen.

Das ewige Werden und Sterben, der unablässige Wechsel der Millionen gestaltete sich vor meinen Blicken zu einem einzigen kleinen Kind. Es hob sich deutlich ab vor der fließenden Unruhe. Aus zartem Nebel hervor umgrenzten sich weich seine Züge, wie die verwischten Umrisse eines Pastells. Aus den sanft verschwimmenden Formen strahlten klare, tiefe, junge Kinderaugen.

Mein ganzes Herz flog ihm zu. Etwas trieb in mir empor, tiefer, weiter, stärker als alles, was ich je zuvor empfunden. Ich liebte dies Kind mehr denn je mein eigenes, heißer als ich je geglaubt hätte, lieben zu können. Und plötzlich fühlte ich, daß auch ich mich verändert hatte. Ich war nicht nur eine Mutter, ich war die Weltmutter, und ich erkannte, das was ich dort liebte, das Weltkind.

Sehnsucht überkam mich, das Kind zu pflegen, zu hegen, es zu schützen, ihm zu dienen. Millionen Mütter einten sich in mir dieses eine Kind zu lieben, in dessen süßer Hilflosigkeit und strahlender Hoffnung Millionen Kinder zusammenflossen.

In den tiefen Augen des Kindes las ich Geschichte der Menschheit. Ich sah Vater und Mutter der Urzeit das Kind nach ihrem geringen Wissen behütend, sah alle Qual und Barbarei, allen dunklen Wahn jener Zeiten, sah das Kind dem Feuer des Molochs hingeworfen, um die Sünden der Eltern zu büßen, sah das lebende, hilflose, liebende Kind als Schlachtopfer. Ich erkannte an Kopf und Füßen des Kindes die Verkrüppelungen grausamen Aberglaubens, sah das Kind vorzeitig in die Ehe gezwungen, sah die Kinderwitwe auf indischem Scheiterhaufen. Ich sah in Sparta, in Rom, im Mittelalter Kinder in Kerkern schmachten, sah Mißhandelte und Hungernde, sah Kinder in der Tretmühle der Arbeit und der Ruf brach aus mir hervor „Wo war die Mutter?"

Und hinter dem Kind erhob sich, zusammenfließend aus Millionen Müttern, die Form einer Mutter. Es war, als sei ihr Herz das meine, und dies Herz schmerzte.

„Konntest du denn das Kind nicht von all der Qual erretten?"

Sie rang die Hände. „Ich liebte mein Kind," sagte sie.

„Liebte, liebte!" rief ich. „Hätte Liebe all dies zugeben können, mußte Liebe nicht schützen und retten?"

„Wie konnte ich?" erwiderte sie. „Ich gab Liebe; ich hatte nichts anderes. Weder Kenntnisse, noch Freiheit, noch Macht. Ich konnte nicht retten — — nur lieben, dienen und leiden."

Während dieser Zwiesprache waren die tiefen Augen des Kindes unverwandt auf mich gerichtet — ich fühlte auch seinen Schmerz.

Und die Vergangenheit versank; Gegenwart lag vor mir. Meine Augen überschauten die ganze Erde und überall war die Mutter — — — noch immer liebend, dienend, leidend, immer noch ohne Kenntnisse, Freiheit und Macht, auch heute noch nicht fähig, zu schützen, zu lehren, zu retten.

Da standen die Gespenster sprungbereit, das Kind zu überfallen, da lauerten Krankheit, Armut, Fronarbeit, Krieg. „Rette das Kind!" rief ich der Mutter zu. Doch Antwort kam nicht aus ihrem Munde, es erklang Stöhnen und Seufzen aus den Kehlen von Millionen einzelner Mütter, jede für sich klagend über ein einzelnes Kind, in hoffnungslosem Jammer.

„Mein Kind ist tot", stöhnte eine und weinte.

„Das meine ist ein Krüppel," klagte eine andere und weinte.

„Das meine siecht dahin in der Fabrik", sagte eine dritte und weinte.

„Meines ist auf der Bahn des Lasters und in unserer tiefen Armut kann ich's nicht hindern", schrie die vierte und weinte.

Da rief ich ihnen zu: „Aber ihr seid doch Millionen Mütter! Ihr braucht nur zu wollen, ihr könnt Wissen, Freiheit und Macht erringen, könnt die Kinder schützen und retten!"

Da versanken die Bilder. Das Weltkind verschwand, hinter ihm entflatterten Millionen Kleiner im Nebel, wie welke Blätter eines Waldes. Vor mir lag wieder nur mein eigenes schlafendes Kind. Auch die Gestalt der Weltmutter zerfloß. Millionen trauriger Mütteraugen sahen mich an, die Augen all der Mütter, die lieben, dienen und leiden. Dann verlöschten die Blicke — ich war allein mit meinem Kinde.

In meinem Herzen blieb eine Leere, die nichts ausfüllen konnte. Ich nahm mein Kindchen aus dem Bett, drückte es an mein Herz — — — aber das genügte nicht mehr, die Leere wich nicht. Ich hatte das Weltkind gesehen, das Welkind geliebt.

„O, du mein Kind!" rief ich aus, „ich will dich lieben, dir dienen, dich pflegen, lehren und retten! Aber das genügt nicht! Du, mein eigenes, geliebtes Kind, bist nur eines von den Millionen, die waren, sein werden, im ewigen Kindheitsstrom der Menschheit. Ihnen allen fehlt die Weltmutter, ihre Nöte zu enden.

Die primitive Mutter genügt nicht — die Sklavenmutter genügt nicht, die engherzige, eigennützige Mutter genügt nicht, die sich hingebende opferwillige Mutter genügt nicht. Was das Kind braucht: ist nicht nur Opferwille, es braucht Mütter der Weisheit, der Freiheit, der Erkenntnis und der Macht. Es braucht soziale Mutterschaft — — — die bewußte, geschlossene, geeinte Mutterliebe und Mutterfürsorge der ganzen Welt!

Deutsch-dänischer Kinderaustausch. Der dänische Genosse J. P. Nielsen, der sich große Verdienste um die Unterbringung deutscher Kinder in Dänemark während der Kriegs- und Inflationszeit erworben hat, plant noch für diesen Sommer ein neues Werk großzügiger Jugendfürsorge. Deutschen und dänischen Kindern von 12 bis 14 Jahren soll die Möglichkeit gegeben werden, ihre Sommerferien in Dänemark bezw. Deutschland zu verleben. Anfang August kommen 60 Kinder aus Frankfurt a. M. für acht Tage nach Kopenhagen und andererseits sollen im Oktober Kopenhagener Kinder nach Berlin reisen, um sich die deutsche Reichshauptstadt anzusehen und Eindrücke über die Grenze der eigenen Heimat hinaus zu sammeln. Die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Jugendbewegung werden sich der Durchführung dieses Jugendhilfswerkes widmen.